

Protokoll 12 des Grossen Stadtrates von Luzern

– Donnerstag, 12. Juni 2025, 10.15 – 16.10 Uhr
– Rathaus am Kornmarkt

Vom Grossen Stadtrat genehmigt am 18. September 2025

Vorsitz	Ratspräsident Simon Roth
Präsenz	Anwesend sind 47–48 Ratsmitglieder.
Entschuldigt	Peter Gmür (vormittags und ab 16.30 Uhr), Christian Hochstrasser (ab 16.00 Uhr)
Präsenz Stadtrat	Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub ist bis 10.45 Uhr entschuldigt, Stadtpräsident Beat Züsli den ganzen Nachmittag.
Präsenz Stadt- schreiberin	Michèle Bucher
Protokoll	Andrea Müller

Verhandlungsgegenstände

1	Mitteilungen des Ratspräsidenten	4
2	Wahl eines Mitgliedes in die Baukommission	5
3	Genehmigung des Protokolls 8 vom 20. Februar 2025	5
4	Bericht und Antrag 12 vom 26. März 2025: Initiative «Begrünte und autobefreite Quartiere für Luzern». Gegenvorschlag mit Sonderkredit	6
5	Ombudsstelle der Stadt Luzern. Tätigkeitsbericht 2024	18
6	Dringliche Motion 70, Roger Sonderegger und Luzi Meyer namens der Mitte-Fraktion vom 28. April 2025: Luzern braucht ein neues Theater	19
7	Postulat 16, Claudio Soldati und Patricia Almela namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Selina Frey namens der GRÜNE/JG-Fraktion vom 14. November 2024: Gesunde Zähne für alle statt für wenige	22
8	Postulat 15, Daniel Gähwiler und Regula Müller namens der SP/JUSO-Fraktion vom 14. November 2024: Cargo-Bikes & Co.: Mit der Verkehrsentwicklung Schritt halten	27
9	Postulat 22, Yannick Gauch und Adrian Albisser namens der SP/JUSO-Fraktion, Daniel Lütolf namens der GLP-Fraktion sowie Judit Aregger vom 28. November 2024: Für einen attraktiven und sicheren Luzerner Wochen- und Monatsmarkt	30

- 10 Postulat 33, Claudio Soldati und Regula Müller namens der SP/JUSO-Fraktion
vom 26. Dezember 2024:
Vom Helvetiaplatz zum Helvetiapark

35

11	Postulat 19, Elias Steiner namens der GRÜNE/JG-Fraktion, Karin Pfenninger namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Roland Z'Rotz und Daniel Lütolf namens der GLP-Fraktion vom 18. November 2024: Kreislauffähige Beschaffung	38
12	Motion 370, Jona Studhalter und Selina Frey namens der G/JG-Fraktion vom 23. Mai 2024: Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg	38
13	Postulat 32, Selina Frey und Marco Müller namens der GRÜNE/JG-Fraktion, Patricia Almela und Zoé Stehlin namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Anna-Lena Beck namens der GLP-Fraktion vom 20. Dezember 2024: Vereins-/Freizeitengagements von Erwachsenen aktiv fördern	42
14	Interpellation 45, Samuel Zwimpfer namens der SVP-Fraktion vom 16. Februar 2025: Ausufernde Beschaffungskriminalität	42
15	Postulat 23, Daniel Lütolf und Roland Z'Rotz namens der GLP-Fraktion vom 28. November 2024: Bessere Services dank künstlicher Intelligenz	45
16	Postulat 24, Karin Pfenninger, Zoé Stehlin, Patricia Lang und Benjamin Gross namens der SP/JUSO-Fraktion, Monika Weder, Christov Rolla und Adrian Häfliger namens der GRÜNE/JG-Fraktion, Anna-Lena Beck namens der GLP-Fraktion, Diel Schmid Meyer namens der Mitte-Fraktion, Yolanda Ammann, Mark Buchecker, Peter Krummenacher und Anna-Sophia Spieler namens der FDP-Fraktion sowie Timo Lichtsteiner und Jürg Häcki namens der SVP-Fraktion vom 3. Dezember 2024: Frauen- und Mädchenfussball in Luzern nachhaltig fördern: Infrastruktur anpassen, Chancengleichheit herstellen	46

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Simon Roth begrüsst die Anwesenden zur zwölften Sitzung des Grossen Stadtrates der Legislatur 2024–2028.

Die Antwort auf die schriftliche Anfrage 39, Claudio Soldati namens der SP/JUSO-Fraktion vom 30. Januar 2025: «Erfahrungen mit Erhöhung Betreuungsgutscheine und Weiterentwicklung System Betreuungsgutscheine und Qualität in Kitas» wurde den Parlamentsmitgliedern am 25. April 2025 zugestellt. Die Anfrage ist somit beantwortet.

Der Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

Die Luzerner Polizei bittet darum, dass die Grosstadträtinnen und Grosstadträte ihre Badges stets an die Sitzungen mitnehmen, damit die Kontrolle einfacher durchgeführt werden kann.

Vereidigung

Ratspräsident Simon Roth: Heute wird Miriam Gasser als Nachfolgerin von Caroline Rey aus der SP/JUSO-Fraktion offiziell vereidigt.

Miriam Gasser tritt nach vorne.

Ratspräsident Simon Roth verliest die Gelübdeformel: «Sie geloben, die Rechte und Freiheiten des Volkes zu achten, die Verfassung und die Gesetze zu befolgen und die Pflichten Ihres Amtes gewissenhaft zu erfüllen.»

Miriam Gasser bekräftigt das Gelübde mit den Worten: «Das alles gelobe ich.»

Ratspräsident Simon Roth heisst Miriam Gasser herzlich willkommen im Grossen Stadtrat und wünscht ihr alles Gute.

[Applaus]

Zum als dringlich eingereichten Vorstoss

- Dringliches Postulat 80, Anna-Sophia Spieler, Rieska Dommann und Mark Buchecker namens der FDP-Fraktion vom 19. Mai 2025:

Klimatisierte Rückzugsorte für gefährdete Bevölkerungsgruppen während Hitzetagen

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit.

Anna-Sophia Spieler: Die FDP-Fraktion hält an der Dringlichkeit fest.

Das Postulat hat aus Sicht der Fraktion ein hohes politisches Gewicht. Die zunehmende Häufigkeit und die Intensität von Hitzetagen stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Gesundheit vulnerabler Bevölkerungsgruppen dar. Auch heute wird es voraussichtlich ziemlich heiss werden.

Wie im Postulat aufgezeigt, zeigt eine Analyse im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt und des Bundesamtes für Gesundheit, dass Hitzewellen bereits heute zu deutlich mehr Todesfällen führen als der Strassenverkehr.

Weiter erachtet die FDP-Fraktion auch die zeitliche Dringlichkeit als gegeben. Der Sommer steht unmittelbar bevor. Auch in diesem Sommer wird mit Hitzetagen gerechnet. Werden die geforderten Massnahmen erst im nächsten Sommer umgesetzt, muss man entsprechend mit weiteren Todesfällen aufgrund der Hitzebelastung rechnen.

Die Sprechende dankt für die Unterstützung der Parlamentsmitglieder in Bezug auf die Dringlichkeit.

Marta Lehmann: Die Forderung nach klimatisierten Rückzugsorten für gefährdete Bevölkerungsgruppen an Hitzetagen erfüllt die Kriterien der Dringlichkeit nicht. Hohe Temperaturen sind belastend, insbesondere für ältere Menschen, allerdings handelt es sich um kein neues Phänomen, das sofortige, zusätzliche Massnahmen erforderlich macht. Bestehende Schutzvorkehrungen sind bereits wirksam. Zudem bleibt das Anliegen auch künftig relevant und kann zu einem späteren Zeitpunkt differenzierter sowie mit neuen Erkenntnissen diskutiert werden. Aus diesem Grund lehnt die SP/JUSO-Fraktion die Dringlichkeit ab.

Rieska Dommann: Das Votum von Marta Lehmann macht den Sprechenden betroffen. Mit dem Postulat will die FDP-Fraktion Menschenleben retten. Es geht darum, Todesfälle zu verhindern. Wenn Marta Lehmann salopp sagt, man könne dies auch nachträglich machen, ist das problematisch. Man kann Todesfälle verhindern durch eine dringliche Umsetzung solcher Massnahmen. Andernfalls sind die Betroffenen in der Zwischenzeit womöglich verstorben.

Marco Müller: Die GRÜNE/JG-Fraktion freut sich, dass die FDP-Fraktion die Dringlichkeit von Massnahmen im Kontext der Klimakrise anerkennt. Die Fraktion tut dies schon seit Jahren. An der heutigen Sitzung gibt es ein ordentlich traktandiertes Geschäft, nämlich die Begrünung von Quartieren – das ist eine Möglichkeit, erste Pflöcke einzuschlagen. Es ist ein Beitrag zur Verhinderung dieser Massnahmen. In der Argumentation der Dringlichkeit folgt die GRÜNE/JG-Fraktion den Argumenten des Stadtrates.

Patrick Zibung: Auch die SVP-Fraktion sieht die Dringlichkeit als nicht gegeben. Sie anerkennt zwar das Thema. Doch mit Sommervorstössen ist es wie mit dem «Badi-Body», den man gerne hätte. Man macht ihn im Winter. Genau so ist es mit Sommervorstössen: Die schreibt man im Winter und gibt sie im Winter entsprechend ein.

Sozial- und Sicherheitsdirektorin Melanie Setz: Auch dem Stadtrat ist die Gesundheit der gesamten Bevölkerung natürlich ein Anliegen. Er erachtet die Dringlichkeitskriterien aber nicht als erfüllt, stellt jedoch in Aussicht, dass bald eine Stellungnahme zum Postulat vorliegt.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Dringlichkeit des Postulats 80 ab. Das Postulat wird somit ordentlich behandelt und nicht an der heutigen Sitzung.

2 Wahl eines Mitgliedes in die Baukommission

Ratspräsident Simon Roth: Caroline Rey trat per 11. Juni 2025 aus dem Grossen Stadtrat zurück. Sie war Mitglied der Baukommission. Die SP/JUSO-Fraktion schlägt Patricia Lang als Nachfolgerin vor.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Der Grosse Stadtrat wählt Patricia Lang einstimmig für den Rest der Amtsdauer als Mitglied in die Baukommission.

3 Genehmigung des Protokolls 8 vom 20. Februar 2025

Ratspräsident Simon Roth: Da keine Einsprachen gegen das Protokoll eingegangen sind, gilt dieses als genehmigt.

4 Bericht und Antrag 12 vom 26. März 2025: Initiative «Begrünte und autobefreite Quartiere für Luzern». Gegenvorschlag mit Sonderkredit

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Roger Sonderegger: In diesem Geschäft geht es um eine Volksinitiative, die im April 2024 mit 1'075 gültigen Unterschriften eingereicht wurde. Die Initiative verlangt eine Begrünung der vier innerstädtischen Quartiere Bruch, Hirschmatt, Neustadt und Kleinmatt. Die Gültigkeit der Initiative war in der Kommission unbestritten.

Mit dem B+A 12 unterbreitet der Stadtrat ausserdem einen Gegenvorschlag, der im Wesentlichen die Umsetzung eines Pilotprojekts im Bruchquartier vorsieht. Die Baukommission hat die Initiative und den Gegenvorschlag an der Sitzung vom 8. Mai 2025 behandelt. Sie hörte zunächst eine Vertretung des Initiativkomitees an. In der anschliessenden Behandlung des Geschäfts wurde zunächst ein Antrag auf Rückweisung gestellt, verbunden mit dem Auftrag zu einer Überarbeitung des Gegenvorschlags des Stadtrates. Der Antrag wurde aber abgelehnt.

Eine Begrünung der Innenstadt wurde von der Baukommission grossmehrheitlich begrüsst. Wenn es um die Sperrung von Strassen und um die Aufhebung von Parkplätzen ging, gingen aber die Meinungen weit auseinander. Einige Kommissionsmitglieder unterstützten die Stossrichtung der Volksinitiative im Sinne der Aufwertung des öffentlichen Raums und der Sicherheit für den Fuss- und den Veloverkehr, andere lehnten einen schnellen und weiträumigen Abbau von Parkplätzen ab, vor allem aus Rücksicht auf das ansässige Gewerbe und auf die Anwohnenden.

Die Gegner der Initiative haben auf die schon laufenden Planungen des Stadtrates verwiesen, die ähnliche Ziele wie die Initiative anstreben.

Gar kein Gehör fand in der Baukommission der Gegenvorschlag des Stadtrates. Er wurde grossmehrheitlich abgelehnt. Er ist zu wenig fortschrittlich für die einen, völlig unnötig für die anderen. Die Baukommission empfiehlt mit knapper Mehrheit, die Volksinitiative «Begrünte und autobefreite Quartiere für Luzern» abzulehnen. Den Gegenvorschlag des Stadtrates hat die Baukommission deutlich abgelehnt. Der Überweisung und Abschreibung der Motion 358: «Das Bruchquartier verdient weniger Stau» stimmte die Baukommission knapp zu.

Chiara Peyer: Die GRÜNE/JG-Fraktion bedankt sich für die Ausarbeitung des B+A.

Das Ziel der Initiative sind mehr Grünflächen, breitere Trottoirs, sichere Velowege, Platz für Strassencafés und Spielplätze in vier zentralen Quartieren der Stadt Luzern. Im Moment stehen auf den Flächen zwischen Trottoirs und Strassen Autos, und der Grund ist versiegelt. Die Quartiere Bruch, Hirschmatt, Neustadt und Kleinmatt sind geprägt vom Durchgangs- und vom Schleichverkehr. Die Lösung: Die Quartiere werden vom Durchgangsverkehr befreit und die gewonnene Fläche entsiegelt und begrünt. Mit einer Begrünung und einer Befreiung des Durchgangsverkehrs werden die betroffenen Quartiere – und somit ein grosser Teil der Stadt – aufgewertet und gewinnen an Aufenthalts- und Lebensqualität. Dies auch durch ruhigere, sauberere und sicherere Lebensumfelder.

Begrünte Flächen tragen zur Regulierung des Mikroklimas bei und reduzieren Hitzeinseln. Das ist vor allem in den von der Klimakrise angeheizten Sommern relevant. Es gibt auch mehr Platz: mehr Platz für Velos, mehr Platz für Zufussgehende, mehr Platz für Aussenplätze von Restaurants und Cafés. Die Jungen Grünen Luzern haben es geschafft, über 1'000 Unterschriften für die Initiative innerhalb eines Tages zu sammeln, und zwar in den betroffenen Quartieren Bruch, Hirschmatt, Neustadt und Kleinmatt. Zur Haltung des Stadtrates: Die GRÜNE/JG-Fraktion freut es, dass der Stadtrat nach eigenen Angaben die Stossrichtung der Initiative teilt. Trotzdem will er die Initiative ablehnen.

Auf die nicht ganz nachvollziehbaren Ablehnungsgründe will die Sprechende kurz eingehen:

Der Stadtrat kritisiert im B+A, dass der unverzügliche Projektierungsbeginn die angestrebte Synergienutzung mit den geplanten Leitungsbauten im Rahmen der thermischen Netze verhindere. Für die GRÜNE/JG-Fraktion ist klar, dass es wenig Sinn macht, die betroffenen Strassen zweimal aufzureissen. Der Fraktion ist wichtig, dass Synergien genutzt und entsprechend Ressourcen geschont werden können. Sie denkt auch, dass das bei einer Umsetzung der Initiative durchaus möglich ist. Die Umsetzung der Initiative kann in zwei Schritten angegangen werden:

1. Befreiung der Quartiere vom Durchgangsverkehr (dafür müssen keine grossen baulichen Veränderungen gemacht werden)

2. Umgestaltung, Teilentsiegelung und Begrünung.

Bei den Strassen, unter denen Leitungen verlegt werden, kann die Begrünung im Nachgang zur Leitungsverlegung erfolgen. Es entsteht ein weiterer Synergieeffekt: Bei Strassen, die bereits vom Durchgangsverkehr befreit sind, lassen sich viel einfacher Leitungen verlegen. Diesem Umstand kommt die GRÜNE/JG-Fraktion gerne mit einer Protokollbemerkung entgegen.

Der Stadtrat schreibt im B+A, dass die Initiative nicht überall umsetzbar sei. Selbstverständlich muss bei der Umsetzung höhergestelltes Recht berücksichtigt werden. Das ist auch so im Initiativtext gefordert, denn die Autobefreiung soll dort umgesetzt werden, wo sie rechtlich möglich ist. Entsprechend ist die Initiative vollumfänglich umsetzbar, auch wenn die Autobefreiung nicht absolut sein wird. Das ist auch gut so.

Hier ist anzumerken, dass die Initiative einige Ausnahmen zur Autobefreiung definiert, z. B. die Zu- und Ablieferung von Geschäften sowie die Grundversorgung wie Postzustellung und Entsorgung. Die Initiative lässt auch Spielraum für weitere Ausnahmen. Natürlich ist auch die Erschliessung sämtlicher Liegenschaften weiterhin gewährleistet.

Weiter schreibt der Stadtrat, dass die Initiative laufende Planungsprozesse der Stadt übersteuere. Dem ist sehr wohl so: Eine Initiative, die genau entlang der Planungsprozesse der Stadt läuft, wurde wohl noch nicht oft eingereicht. Der Stadtrat macht im B+A eine Auslegeordnung, welche Strategien und Konzepte die Stadt Luzern bereits hat und umsetzt, namentlich die Mobilitätsstrategie, die Stadtraumstrategie, das Raumentwicklungskonzept, die Klima- und Energiestrategie und die Klimaanpassungsstrategie. Das sind alles sehr wichtige und notwendige Strategien. Die Ziele all dieser Strategien vereint die Initiative und bietet eine Chance für Quartiere mit mehr Aufenthalts- und Lebensqualität. Die Initiative führt zu mehr Begrünung und sickerfähigen Belägen und entspricht somit den Zielen der Klimaanpassungsstrategie und dem Schwammstadtkonzept. Die Initiative führt zu mehr Aufenthaltsqualität und entspricht somit der Stadtraumstrategie. Die Initiative reduziert den Durchgangsverkehr und die Parkplatzzahl und entspricht damit der Mobilitätsstrategie und der Klima- und Energiestrategie. Es gibt noch viele weitere solche Synergieeffekte.

Man kann die Initiative daher als weitere und umfassende Massnahme zu den genannten Konzepten sehen, bei denen die Stadt teilweise nicht ganz auf Kurs ist.

Der Stadtrat lehnt die Initiative ab und unterbreitet einen Gegenvorschlag. Für die GRÜNE/JG-Fraktion ist klar, dass der Gegenvorschlag die Initiative zu wenig aufnimmt. Die Initiative fordert 34 autobefreite und begrünte Strassen in vier Quartieren. Der Gegenvorschlag besteht gerade einmal aus 2,5 nicht durchgängig autobefreiten Strassen. Zur aktuellen Entwicklung der Mobilitätspolitik in Luzern sind diese 2,5 Strassen kein allzu grosser Gewinn. Hinzu kommt, dass das im Gegenvorschlag enthaltene Klimaquartier Bruch ein Ersatz für das in der Mobilitätsstrategie vorgesehene Klimaquartier Kleinmatt ist. Das bereits geplante Klimaquartier wird von der Kleinmatt in den Bruch verschoben und dabei noch signifikant verkleinert. Wie es nach diesem Musterklimaquartier weitergeht, ist der GRÜNE/JG-Fraktion zu wenig verbindlich aufgezeigt. Sie bevorzugt die Initiative klar gegenüber dem Gegenvorschlag.

Europäische Städte wie Paris, Kopenhagen und Barcelona machen es vor: Seit Jahren bauen sie die Städte für die Menschen um. Die Superblocks machen den städtischen Raum für Velofahrende und Zufussgehende sicherer. Mehr Bäume und Begrünung bringen saubere Luft. Die Menschen in Paris, Kopenhagen und Barcelona können den Aufenthalt vor der Haustüre geniessen. Auch das lokale Gewerbe und die Gastronomiebetriebe profitieren von den belebten Quartieren.

Die Sprechende will die Angst abschwächen, welche in den letzten Wochen in Leserbriefen der Luzerner Zeitung und von Zentralplus geschürt wurde. Die Faktenlage ist klar: Dort, wo sich Menschen gerne aufhalten, wo sie sich wohlfühlen, wo sie länger vor einem Geschäft verweilen, nützt es letztlich auch dem Gewerbe, welches von mehr Umsatz profitiert.

Der GRÜNE/JG-Fraktion ist es ein Anliegen, dass die Stadt die betroffenen Quartiere Bruch, Hirschmatt, Neustadt und Kleinmatt und die Menschen, die in den Quartieren wohnen und verkehren, in die Umsetzung der Initiative miteinbezieht.

Die Initiative wird von unterschiedlichen Organisationen unterstützt: Pro Velo, VCS, Umverkehr, Eltern für das Klima, Klimagrosseltern, Klimastreik und Ärzt*innen für Umweltschutz, um einige zu nennen. Die Breite an Unterstützung zeigt, dass die Initiative auch eine Breite an Thematik und Problemen angeht, mit

denen sich diese Organisationen befassen. Sei es eine bessere Infrastruktur für Velofahrende, mehr Sicherheit für Zufussgehende, eine soziale Verkehrspolitik, Klimaschutz, Umweltschutz, bessere Luftqualität oder ein gesünderes und grüneres Umfeld für die Quartierbewohnenden und die ganze Stadt Luzern.

Um das Votum in einem Satz zusammenzufassen, zitiert die Sprechende ein Kind des Kinderparlaments an der gestrigen Sommersession: «Ich fände die Stadt Luzern schöner, wenn es mehr Grünflächen und Platz zum Spielen gäbe und weniger Parkplätze».

Die GRÜNE/JG-Fraktion tritt auf den B+A ein. Sie spricht sich für die Initiative aus, die sie als gültig erklärt. Den Gegenvorschlag lehnt sie ab.

Daniel Lütolf bedankt sich für den vorliegenden B+A. Manchmal braucht es radikale Lösungen. Manchmal sind sie schlicht zu radikal. Die GLP-Fraktion versteht im Grundsatz das Ansinnen der Initianten und teilt die Idee in einigen Punkten. Der Sprechende nimmt es vorweg: Eine Diskussion zur Meinungsfindung innerhalb der Fraktion wie diese hat der Sprechende, seit er Mitglied des Parlaments ist, noch nie erlebt – und das meint er im Positiven. Die Fraktion hat lange und viel diskutiert – dies auch mit anderen Parteien, mit den Quartiervereinen und mit betroffenen KMU sowie Anwohnerinnen und Anwohnern. Und trotzdem: Die Meinungen in der Fraktion gehen diametral auseinander.

Betreffend autobefreite Quartiere und deren Aufwertung wird häufig der bemühte Vergleich mit Paris gemacht. Das ist verständlich – aber der Vergleich hinkt definitiv. Paris ist 2,5-mal grösser als Luzern, zählt aber fast 25-mal mehr Menschen auf der gleichen Fläche. Die Bevölkerungsdichte, die Infrastruktur, die politische Kultur und die historischen Entwicklungen sind schlicht nicht vergleichbar mit der Stadt Luzern.

Wenn man nüchtern hinschaut, stellt man fest: Luzern steht im Bereich Velowege gar nicht so schlecht da. Rechnet man Fläche und Bevölkerung mit ein, ist Luzern beim Velowegnetz rund Faktor 9 hinter Paris – aber eben nicht komplett abgeschlagen, wie es manchmal den Anschein macht. Und die Stadt arbeitet ja an der Erweiterung und Verbesserung.

Bei den Parkplätzen sieht es ähnlich aus. Es kommt auf die Perspektive an. Luzern kommt auf rund 100 Parkplätze pro 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner, Paris auf 63. Ob das nun besser oder schlechter ist, ist letztlich eine Frage der Haltung. Aber auch hier ist die Stadt auf dem Weg.

Fakt ist: Die Stimmbevölkerung hat mit der Annahme der Klima- und Energiestrategie 2022 der Stadt einen klaren Auftrag erteilt. Der öffentliche Raum soll aufgewertet und Parkplätze sollen reduziert werden. Dies ist keine Willkür, sondern gelebte Demokratie – und die Stadt setzt sie Schritt für Schritt um. Luzern kann von Paris lernen – ja. Vor allem, wie man Strassenräume aufwertet, Platz für Begegnung schafft und die Lebensqualität erhöht. Aber es braucht Lösungen, die zu Luzern passen – zur Topografie, zu den Quartieren, zum Verkehrsmix.

Der Sprechende bittet darum, der Stadt Zeit zu geben. Zeit für eine seriöse Planung und Raum für den Dialog mit den Quartiervereinen, dem Gewerbe und den Anwohnenden. Nicht mit dem Vorschlaghammer, sondern mit Feingefühl.

Zur Wahrheit gehört auch Folgendes: Es fehlen schlicht Alternativen, und es gibt kaum Perspektiven für ein echtes Park-and-Ride-System. Während die einen jammern, sind andere komplett planlos. Damit ist niemandem geholfen. Dies zeigen auch die Feedbacks der betroffenen Quartiervereine deutlich. Es ist der Auftrag der gewählten Politikerinnen und Politiker, die Feedbacks aus der Bevölkerung ernst zu nehmen.

Der Sprechende ist der Meinung, dass die Evaluierung Winkelriedstrasse zuerst abgeschlossen werden muss. Es braucht eine gesamtheitliche Sicht und kein Flickwerk, bei dem unterschiedliche Akteure an einzelnen Schrauben drehen. Was die Stadt Luzern braucht, ist eine übergeordnete Planung frei von Ideologie.

In einem Punkt sind sich fast alle einig: Der öffentliche Raum muss besser genutzt werden. Gleichzeitig dürfen wir dabei die soziale Realität nicht ausblenden. Je schöner und attraktiver ein Quartier ist, desto höher werden die Mieten – Stichwort Gentrifizierung. Auch das gehört zur Diskussion.

Was die GLP-Fraktion sich wünscht, ist ein ganzheitlicher Prozess, bei dem alle Beteiligten mit einbezogen werden – anstatt schnelle Antworten auf komplexe Fragen.

Der Sprechende hält sein Votum mit zwei Herzen in der Brust. Wie erwähnt, ist die Diskussion innerhalb der GLP-Fraktion kontrovers. Sie hat die Initiative intensiv und leidenschaftlich diskutiert, und das ist gut so. Denn nur im Dialog entsteht echte Lösungskompetenz.

Zum Gegenvorschlag des Stadtrates: Dieser taktische Versuch, eine Alternative zur Initiative zu bieten, scheidet aus Sicht der GLP-Fraktion klar. Wie soeben gesagt: Nur im Dialog entsteht echte Lösungskompetenz. Und genau dieser Dialog hat so nicht oder nur bedingt stattgefunden. Man könnte den Gegenvorschlag zur Überarbeitung zurückweisen. Doch was würde dies bringen? Eine Verschiebung der Abstimmung um sechs bis zwölf Monate? Dies just zu dem Zeitpunkt, an dem die Evaluierung der Winkelriedstrasse abgeschlossen wird. Die Timeline scheint in diesem Fall kein Freund eines sinnvollen Prozesses zu sein.

Fazit: Luzern ist nicht Paris – und kann und will es auch nicht sein. Doch die Stadt kann lernen, sich anzupassen, und gemeinsam weiterdenken. Der Abbau von Parkplätzen ist kein Selbstzweck, sondern Teil eines demokratisch legitimierten Auftrags, den öffentlichen Raum ökologischer, lebenswerter und zukunftsfähiger zu gestalten. Dabei braucht es Planung statt Aktionismus, Dialog statt Ideologie und den Mut, auch unbequeme Fragen zu stellen – wie z. B. zu Gentrifizierung und sozialer Durchmischung. Der Sprechende plädiert für eine ausgewogene Lösung, die sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt – dies in einem eng begleiteten Dialog mit allen Betroffenen. Die Initiative in ihrer jetzigen Form ist aus Sicht des Sprechenden zu radikal und nicht zielführend. Über die Millionen an Kosten bei einer Annahme der Initiative hat das Parlament noch gar nicht gesprochen.

Kurzum: Die GLP-Fraktion tritt auf den B+A ein, die Hälfte der Fraktion lehnt die Initiative und den Gegenvorschlag ab, die andere Hälfte wird wahrscheinlich zustimmen.

Daniel Gähwiler: Die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich für die Erarbeitung des vorliegenden B+A, der mit einer sehr umfassenden Betrachtung der Rahmenbedingungen beginnt.

Man müsste meinen, das sei eine gute Grundlage, um die Ziele der Initiative und die bereits beschlossenen bzw. geplanten Massnahmen aus der Mobilitätsstrategie, der Klima- und Energiestrategie, der Stadtraumstrategie oder dem Raumentwicklungskonzept übereinanderzulegen. Dabei würde man einige Gemeinsamkeiten finden, die man mit der Grundidee der Initiative, nämlich durch Verkehrsberuhigung mehr Verkehrssicherheit, Aufenthaltsqualität und Klimaanpassung zu erreichen, ergänzen könnte. Der Sprechende ist sicher, dass ein mutiger, aber so begründeter Kompromiss mehrheitsfähig wäre.

Leider ist dem nicht so: Die umfangreiche Betrachtung der Rahmenbedingungen dient im B+A dazu, den Ist-Zustand umfassend zu definieren. Dieser steckt den Rahmen des Möglichen ab. Möglich ist gemäss B+A, was sowieso schon geplant bzw. aufgegleist ist – der Status quo als beste aller Welten, sozusagen. Doch der Status quo ist nicht gut. Der Sprechende will in der Folge Verweise auf das Klima, den Verkehr und die Gesundheit machen.

Zunächst ein paar Hinweise zum Städtevergleich Mobilität, herausgegeben von der Städtekonferenz Mobilität, erschienen im Oktober 2023. Luzern hat am zweitmeisten Unfälle pro Einwohnerin und Einwohner. Nur Zürich schneidet noch schlechter ab. Seit dem desaströsen Städtevergleich Verkehrssicherheit von 2013 hat sich leider nicht viel zum Besseren gewandelt.

Luzern hat am meisten Parkplätze pro immatrikuliertes Auto, nämlich über zwei, also zwei Parkplätze pro Stadtluzerner Auto. Während in Bern, Basel und Zürich über 60 Prozent des Strassennetzes verkehrsberuhigt ist, sind es in Luzern nur leicht über 50 Prozent. Und nur in St. Gallen liegt der Anteil des Autoverkehrs beim Arbeitsverkehr höher als in Luzern.

Kein Wunder ist umgekehrt der Zuwachs beim Veloverkehr von 2015 bis 2021 in Luzern am zweitgeringsten. Schlechter ist nur Winterthur, das aber auch nur über eine Zählstelle verfügt.

Das wirkt sich auch auf den Busverkehr aus, was alle wissen, die regelmässig den Bus benutzen. Gemäss Qualitätsmesssystem im regionalen Personenverkehr des Bundesamtes für Verkehr vom Mai 2024 landet Luzern bzw. die vbl beim Vergleich der Pünktlichkeit auf Platz 55 von 59 verglichenen Bustransportunternehmen.

Abgerundet wird das desaströse Bild von der Studie der Zürcher Kantonalbank aus dem Jahr 2021, gemäss der Luzern die Deutschschweizer Stadt mit dem höchsten Anteil lärmbelasteter Haushalte ist. Die lauteste Stadt der Deutschschweiz, wie die Medien damals vermeldeten.

Und Lärm ist nicht die einzige Gesundheitsgefährdung aus der heutigen Verkehrspolitik. Die klimabedingten Hitzegefahren haben wir zuvor schon ausgeführt erhalten. Weiter ist auch die Luftqualität ein Problem. Gemäss dem neusten Bericht zur Luftqualität in der Stadt Luzern vom Juni 2024 ist die Feinstaubbelastung zu hoch. Ein beträchtlicher Teil der Emissionen stammt vom Abrieb von Reifen und Bremsen, also vom Verkehr. Der krebserzeugende Russ liegt in der Stadt Luzern um den Faktor 3 bis 5 über den Zielwerten. Die Ozonkonzentration hat in den letzten Jahren gar zugenommen. Hauptquelle sind Verbrennungsprozesse in Motoren, wie es in der technischen Sprache des Berichtes heisst. Schlechte Luft macht krank. Jährlich sterben in der Schweiz 2'300 Personen vorzeitig wegen der Luftverschmutzung mit Kostenfolge in Milliardenhöhe.

Der B+A verweist auf die Mobilitätsstrategie 2024–2028. Der Sprechende hingegen will auf die Mobilitätsstrategie 2018–2023 verweisen. Der dazugehörige Controllingbericht zeigte schonungslos auf, dass die Hälfte der Zielwerte der Mobilitätsstrategie 2018–2023 nicht erreicht wurden. Warum? Der Sprechende zitiert: «weil die Planungsgrundsätze und Kernanliegen bei der Massnahmenbearbeitung nur bedingt miteinbezogen wurden». Das heisst, man hat nicht gemacht, was man sich vornahm.

Da gemäss B+A mit dem Verweis auf die geplanten Massnahmen in der Mobilitätsstrategie 2024–2028 die Initiative abgelehnt wird, der Gegenvorschlag aber kaum nennenswerte Massnahmen liefert, kann der Sprechende jetzt schon sagen, was im Controllingbericht zur Mobilitätsstrategie 2024–2028 stehen wird: Ziele nicht erreicht, weil zu wenig gemacht. Nicht auf der Höhe der Zeit, viel zu wenig ambitioniert, zu zögerlich in der Herangehensweise und Umsetzung.

Der vorliegende B+A mit dem präsentierten Gegenvorschlag ist für die SP/JUSO-Fraktion in dieser Form nicht akzeptabel. **Sie beantragt deshalb Nichteintreten auf den B+A und Rückweisung zur Überarbeitung an den Stadtrat.** Konkret fordert die Fraktion für die Überarbeitung Folgendes:

1. Massnahmen in allen Quartieren, welche die Initiative aufführt. Insbesondere zu prüfen sind Fahrverbote. Wo Fahrverbote nicht rasch realisierbar sind, soll es Zufahrtsbeschränkungen geben, ähnlich den «Trafico-Limitato-Zonen» in Italien mit zeitlichen Einschränkungen, eventuell ergänzt durch Poller. Dies ist vergleichbar mit der heutigen Situation in der Altstadt.
2. Die Umsetzung des Klimamusterquartiers soll beschleunigt werden. Nochmals zweieinhalb Jahre bis zu einem B+A für einen Umsetzungsplan Klimaquartiere zu veranschlagen, ist zu lange.
3. Die Klimaquartiere sind nicht nur eine verkehrspolitische Massnahme. Es geht um Aussenräume und die Zugänglichkeit des Strassenraums für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Insbesondere Familien mit Kindern, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen sind heute vom Strassenraum zu oft ausgeschlossen.

Die Überarbeitung des B+A soll in allen Quartieren, welche die Initiative aufführt, Massnahmen auflisten, welche die Zugänglichkeit des Strassenraums erhöhen.

Der Sprechende bedankt sich für die Unterstützung des Rückweisungsantrages.

Luzi Meyer: Die Mitte-Fraktion anerkennt die Gültigkeit der Initiative «Begrünte und autobefreite Quartiere für Luzern», lehnt aber sowohl diese als auch den Gegenvorschlag des Stadtrates ab. Die Umsetzung der Klimastrategie aus dem Jahr 2022 ist in vollem Gange, es werden laufend Massnahmen daraus umgesetzt. Dass einem dies zu langsam geht und neue Forderungen gestellt werden, ist das gute politische Recht, wie es die Initiative der Jungen Grünen zeigt. Es soll hier aber festgehalten werden, dass die Umleitung eines fahrenden Zuges diesen nicht schneller ans Ziel bringt, sondern langsamer und zeitraubender. Die Mitte-Fraktion erachtet den Eingriff in die laufende Planung der Stadtverwaltung als hinderlich und aufwendiger. Insgesamt wird die Umsetzung der Klimastrategie so nur verzögert, was dem Ansinnen der Initiantinnen und Initianten zuwiderlaufen dürfte. Insgesamt erachtet die Mitte-Fraktion den Zeitpunkt der Initiative und des Gegenvorschlags als ungünstig und als Zwängerei. Die Klimastrategie u. a. mit der Reduktion der Parkplätze und der Begrünung der Quartiere (Stichwort Grünstadt Schweiz mit Gold-Level) muss bis 2040 umgesetzt werden. In ebendieser Klima- und Energiestrategie der Stadt Luzern und nochmals mit Nachdruck durch die Motion 7 vom Oktober 2024 festgehalten, ist, dass per Ende 2025 ein Planungsbericht über das Konzept des Parkplatzabbaus vorliegen soll. Wünschenswert wäre natürlich, dass die wichtigsten Anliegen der Quartiere in den Planungsbericht einfließen würden. Bevor dieser Planungsbericht vorliegt, ist es obsolet, über die Absichten für die Umsetzung der Klimastrategie zu urteilen oder diese weiter zu verschärfen.

Mehr noch: Würde die Initiative vom Volk angenommen, wäre enorm viel Arbeit der Stadtverwaltung von heute auf morgen Makulatur. Der Sprechende plädiert dafür, der Verwaltung Zeit für die Umsetzung der Klimastrategie zu geben.

Zum Gegenvorschlag: Diesen lehnt die Mitte-Fraktion entschieden ab. Sie kann sich den Aktionismus des Stadtrates nicht ganz erklären, schliesslich ist die Umsetzung der Klimastrategie in vollem Gange. Ein vorgegriffenes Eingreifen in ein Quartier empfindet sie nicht als gezielte Massnahme, sondern eher als blinden Aktionismus. In diesem Zusammenhang soll auch festgehalten werden, dass der Widerstand der Quartiervereine v. a. darauf abzielte, dass keine vorgängige Kontaktaufnahme stattgefunden hat und der Gegenvorschlag isoliert als Papiertiger der Verwaltung dasteht. Die Mitte-Fraktion bittet den Stadtrat, seine Kommunikation zukünftig zu verbessern und bei solch gewichtigen Eingriffen in Quartiere die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner sowie Geschäftsbetreiberinnen und -betreiber vorgängig zu kontaktieren und die grundlegenden Bedürfnisse abzuholen. Dies soll auch für die weitere Umsetzung der Klimastrategie auf dem gesamten Stadtgebiet gelten: Information und Partizipation fördern das Verständnis und die Akzeptanz, was schliesslich die Umsetzung und den Erfolg der geplanten Massnahmen optimiert.

Die Mitte-Fraktion ist nicht unglücklich über die Initiative der Jungen Grünen, legt diese doch den Finger genau auf den wunden Punkt in Bezug auf den Umgang mit der Mobilität und der Quartieraufwertung. Wollen wir, wie die Initiative fordert, eine Priorisierung der Anliegen der Anwohnenden und somit verkehrsfreie Grünoasen, oder sollen die städtischen Quartiere für alle – Anwohnende, Gewerbetreibende, Besuchende – offenstehen und in Bezug auf die Mobilität und die Aufwertung der Quartiere ein Sowohl-als-Auch darstellen?

Für diese wichtige Entscheidung wünscht sich die Mitte-Fraktion einen offenen, nicht ideologischen und nicht emotionalen Austausch unter Quartiernutzenden, damit die gesamte Bevölkerung gut informiert und motiviert abstimmen kann. Was es braucht, ist nicht den Mut, mit einer radikalen Initiative die Quartiere vollständig umzukrempeln, sondern den Dialog, damit wir die Quartiere so umgestalten können, dass sie für alle und nachhaltig lebenswert sind.

Die Mitte-Fraktion tritt auf den B+A 12 ein und wird ihn ablehnen.

Patrick Zibung: Auch die SVP-Fraktion bedankt sich für den B+A, auch wenn sie mit dem Inhalt naturgemäss nicht einverstanden ist. Beim Lesen des B+A fiel dem Sprechenden als Erstes die sehr täuschende Darstellung der Quartiere auf. Faktisch geht es bei der Initiative darum, die ganze Innenstadt mehr oder weniger für den Verkehr zu sperren. Die Quartiere wurden einzeln dargestellt, sodass es auf den ersten Blick gar nicht so schlimm aussieht. Wenn man die verschiedenen Quartiere zusammensetzt, sieht man, dass es mehr oder weniger um die ganze Innenstadt geht.

Die Initiative versucht, sich über übergeordnetes Recht hinwegzusetzen. Die Besitzstandsgarantie soll verletzt werden, auch wenn man dies nun bestreitet. Das ist für die SVP-Fraktion ein absolutes No-Go. Auch wird mit der Initiative der laufende Prozess in Bezug auf den anstehenden Planungsbericht übersteuert, und Synergien sollen mit der radikalen Initiative nicht genutzt werden können, wodurch massive Mehrkosten entstehen. Der Stadtrat schreibt von mindestens 30 Mio. Franken, welche die Umsetzung kosten würde. Nach oben sind die Kosten grundsätzlich offen.

Das Gleiche gilt für den Gegenvorschlag, wenn auch dort mit 8 Mio. Franken der Ausgangsbetrag etwas kleiner ist, aber dennoch für die SVP-Fraktion viel zu hoch.

Die breite Ablehnung bis weit ins linke Lager zeigt, dass die Initiative völlig quer in der Landschaft steht und zu radikal ist. Mit dem linken Lager meint der Sprechende nicht die Parlamentsmitglieder, sondern die Wählenden, von denen man medial in den letzten Wochen einiges vernehmen konnte.

Klimaquartiere, die man bspw. im Bruchquartier umsetzen will, lehnt die SVP-Fraktion grundsätzlich ab. Die Innenstadt ist kein Ort, wo man eine grüne Oase vorfindet, sondern ein Ort, der leben soll, der erreichbar sein soll, an dem man auch geschäften können soll.

Die Initianten negieren, dass es Menschen mit anderen Bedürfnissen gibt, und sie widersprechen damit einmal mehr dem linken Mantra «Für alle statt für wenige». Mit der Initiative wird ein grosser Teil der Bevölkerung aus der Stadt vertrieben. Denn es geht nicht nur um jene Leute, die mit dem Auto in die Stadt kommen und in einem Geschäft einkaufen, sondern es geht auch um die Leute, die auf ein Auto angewiesen sind, sei es beruflich oder aus anderen Gründen, die aber in der Stadt wohnen. Diese Personen werden aus der Stadt ausgeschlossen. Aus Sicht der SVP-Fraktion nimmt dadurch die soziale

Durchmischung, die allen Fraktionen wichtig ist, massiv ab. Es geht bei der Initiative darum, den eigenen Lebensstil allen anderen aufzuzwingen.

Der Sprechende hat sich angeschaut, wer im Initiativkomitee ist. Es wird zwar nicht gerne gesehen, wenn man auf einen Mann oder auf eine Frau «schießt», doch der Sprechende kommt nicht darum herum. Es sind grossmehrheitlich Leute, die das Privileg haben, in der Stadt zu wohnen und in der Stadt zu arbeiten oder zu studieren. Sie sind wohl mit den wirklichen Lebensrealitäten verschiedener Anspruchsgruppen noch nicht gross in Kontakt gekommen. Der Sprechende hört am Raunen im Saal, dass er sich mit dieser Aussage nicht überall beliebt macht, doch es ist ein Fakt, und das darf man auch einmal sagen.

Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass – unabhängig davon, was vom Parlament beschlossen wird – die Chance gross ist, die Initiative vor dem Volk zu bekämpfen, indem man aufzeigt, was der Bevölkerung mit Annahme der Initiative droht. Das zeigen diverse Rückmeldungen aus der Bevölkerung und aus dem Gewerbe, die bereits negative Auswirkungen zu spüren bekommen, bspw. an der Winkelriedstrasse. Unsinn wie an der Winkelriedstrasse würde mit Annahme der Initiative in der ganzen Innenstadt umgesetzt.

Im B+A werden einmal mehr die Pop-up-Parks erwähnt, die aus Sicht der SVP-Fraktion ein absoluter Flop sind, auch im erwähnten Bruchquartier. Der dortige Park wurde überhaupt nicht genutzt. Beim Vorbeifahren sah man nie jemanden dort sitzen. Mit der Initiative gäbe es anstatt acht solcher Pop-up-Parks, die voraussichtlich ungenutzt bleiben, Hunderte davon. Die Flächen sind in der Schweiz leider höchstens vier Monate im Jahr nutzbar. Während des Rests des Jahres sitzt niemand auf einem abgebauten Parkplatz. Bis letzte Woche hatten wir mit Ausnahme einiger schöner Tage im April in Luzern mehr oder weniger nur Regen.

Es hat nichts mit Flächengerechtigkeit zu tun, sondern es ist schlicht eine Verschwendung des öffentlichen Raums, und dies zu sehr, sehr hohen Kosten von 30 bis 50 Mio. Franken.

Die SVP-Fraktion lehnt deshalb die Initiative und den Gegenvorschlag ab.

Anna-Sophia Spieler: Die Stossrichtung der Initiative ist klar erkennbar: Der motorisierte Individualverkehr soll aus der Stadt Luzern verschwinden. Was auf den ersten Blick nach Klimaschutz klingt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als überrissene Verbotskultur, die mehr abschreckt als überzeugt.

Was hier vorliegt, ist kein vernünftiger Beitrag zur Stadtentwicklung, sondern ein übersteuerter Maximalansatz, der bestehende Strukturen ignoriert und weder planerisch noch politisch verantwortlich ist. Mit der Klima- und Energiestrategie, der Mobilitätsstrategie und der Klimaanpassungsstrategie existieren bereits fundierte Grundlagen. Diese sollen nun plötzlich durch einen Schnellschuss übersteuert werden? Das ist weder sinn- noch verantwortungsvoll.

Wie die Sprechende nachfolgend aufzeigt, widerspricht die Initiative einem transparenten und übersichtlichen Vorgehen, ist absolut realitätsfremd, führt zu unverhältnismässig hohen Kosten und widerspricht dem klaren Willen der Quartierbevölkerung.

Mit der teilweise überwiesenen Motion 7 hat der Grosse Stadtrat den Stadtrat beauftragt, einen Planungsbericht über das Konzept zum Parkplatzabbau auf öffentlichem Grund bis Ende 2025 zu erarbeiten. Es soll definiert werden, nach welchen Kriterien in Luzern künftig Parkplätze auf öffentlichem Grund abgebaut oder umgenutzt werden. An dieser Stelle zitiert die Sprechende aus der Stellungnahme des Stadtrates auf die genannte Motion: «Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass Parkplätze nicht grossflächig und ohne Grund umgenutzt bzw. aufgehoben werden.» Die Initiative bewirkt das komplette Gegenteil. Sie fordert einen flächendeckenden und sofortigen Parkplatzabbau – unabhängig von definierten Normen oder abgestimmten Planungsprozessen. Damit wird der politische Wille der Mehrheit des Grossen Stadtrates, nämlich ein geordnetes und transparentes Vorgehen, bewusst ausgehebelt. Darüber hinaus missachtet die Initiative die funktionalen Anforderungen und die soziale Realität in den Quartieren. Es geht um dicht besiedelte, vielfältig genutzte Gebiete mit rund 10'000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie 15'000 Arbeitsplätzen. Die vollständige Aufhebung der Parkplätze, wie von der Initiative gefordert, würde nicht nur den Alltag vieler Bewohnerinnen und Bewohner massiv erschweren, sondern auch das lokale Gewerbe erheblich schwächen. Der Ruf nach einer «Autobefreiung» blendet bewusst aus, dass es Handwerkerinnen und Servicebetriebe gibt, Menschen mit eingeschränkter Mobilität, Familien mit Kindern und eine Nachschublogistik für Geschäfte.

Die finanziellen Auswirkungen der Initiative sind gravierend und völlig unabsehbar. Der Stadtrat rechnet mit zirka 4 Mio. Franken für die Planungs- und Projektierungsphase und satten 30 Mio. Franken für die Umsetzung. Bei den genannten Zahlen handelt es sich wohl verstanden um Mindestangaben. Der tatsächliche Vollzug dürfte somit noch deutlich höher ausfallen. Der Ressourcenverbrauch wäre hoch, der Mehrwert zweifelhaft.

Am deutlichsten zeigt sich der Irrweg der Initiative aber dort, wo sie konkret wird: bei den betroffenen Menschen. In der Winkelriedstrasse führte bereits der Testbetrieb mit reduziertem Parkplatzangebot zu spürbarem Unmut. Leserbriefe sprechen von unbrauchbaren Lösungen, fehlender Praxistauglichkeit und wirtschaftlichen Schäden. Auch im jüngst veröffentlichten Brief wehren sich 50 Gewerbetreibende aus dem Neustadtquartier gegen den Parkplatzabbau.

Ziemlich deutlich fällt auch die Reaktion im Bruchquartier aus: Der dortige Quartierverein wehrt sich entschieden gegen ein geplantes Fahrverbot. Das ist keine Einzelmeinung, sondern ein klares Signal aus der Bevölkerung, dass sie diese Form von Stadtentwicklung nicht will. Wer in vier dicht besiedelten Quartieren umfassende Eingriffe plant, ohne Rückhalt vor Ort, betreibt keine zukunftsgerichtete Politik – sondern spaltet und überfordert.

Fahrverbote und der vollständige Parkplatzabbau treffen besonders jene, die auf das Auto angewiesen sind: Patientinnen einer Quartierarztpraxis, die nicht gut zu Fuss sind, Seniorinnen und Senioren, Handwerker mit Materialbedarf oder Berufstätige mit Arbeitszeiten ausserhalb des öffentlichen Verkehrs. Die Sprechende verbildlicht die Thematik an einem Beispiel: Während ihres Studiums arbeitete sie in einem Tankstellenshop in Malters. Die Frühschicht begann um 4.30 Uhr. Der erste Zug von Luzern nach Malters fährt jedoch erst um 4.50 Uhr. Wer auf das Auto verzichten muss, weil sie oder er keine Möglichkeit für einen Parkplatz am Wohnort hat, kann solche Schichten gar nicht übernehmen. Dieses konkrete Beispiel zeigt: Die Initiative geht an den Lebensrealitäten vorbei – und daran, wie vielfältig und durchmischt Stadtquartiere tatsächlich sind. Die Stadtentwicklung muss mit den Menschen, nicht gegen sie gestaltet werden.

Auch der Gegenvorschlag überzeugt die FDP-Fraktion nicht. Im Bruchquartier sollen praktisch alle Parkplätze gestrichen werden – ein harter Schlag für das lokale Gewerbe mit rund 4'600 Arbeitsplätzen, das auf Kundenverkehr angewiesen ist. Es ist auch ein fatales Signal an die Bewohnerinnen und Bewohner: Wer hier lebt, soll bitte auf ein Auto verzichten. Dabei wird völlig ausser Acht gelassen, dass Autos zunehmend elektrisch unterwegs sind – leise, emissionsfrei und deutlich klimaverträglicher. Wer alle Parkplätze in einem Quartier streicht, verhindert nicht nur individuelle Mobilität, sondern nimmt der Bevölkerung auch den Anreiz, auf eine klimafreundliche Variante von Mobilität umzusteigen. Das ist definitiv nicht nachhaltig.

Solche einseitigen und einschneidenden Massnahmen dürfen nicht zum Standard der Stadtentwicklung werden. Quartierentwicklung braucht Augenmass, Dialog und Rücksicht – nicht ideologisch getriebene Experimente auf dem Rücken der Quartierbevölkerung.

Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A ein, lehnt aber sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag entschieden ab und bittet das Parlament, es ihr zum Wohle der Quartiere gleichzutun.

Benji Gross: Wir haben sehr viele spannende Fakten gehört. Der Sprechende will einen Fakt ergänzen und diesen jedes Mal benennen, wenn das Thema diskutiert wird. Er hat zwar nicht mitgezählt, wie oft das Wort Parkplatzabbau von der FDP-Sprecherin genannt wurde. Ihm ist aber, in Ergänzung zum Sprecher der GLP-Fraktion, dass es in der Stadt Luzern nicht 100 Parkplätze pro 1'000 Einwohnende gibt, sondern ziemlich genau gleich viele Parkplätze wie es Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt Luzern gibt.

Es gibt seit 2014 eine Zunahme um 4'000 Parkplätze in der Stadt. Das ist kein Parkplatzabbau. Es ist falsch, das Wort immer wieder zu benutzen. Es geht um öffentliche Parkplätze und um privaten Grund. Wenn einem jemand ein Leben aufzwingt, dann sind es die Autofahrenden den über 50 Prozent an Haushalten, die kein Auto haben.

Natürlich geht es hier um «Parteienframing», was der Sprechende auch versteht. Doch er wird sich voraussichtlich jedes Mal melden, wenn das Wort Parkplatzabbau falsch genannt wird. Wer das verhindern will, nutzt es bitte nur im passenden Kontext.

Senad Sakic gibt zur Tatsache, dass viele Haushalte kein Auto haben, an, dass sie ja gar keine Möglichkeit mehr dazu haben.

Der Sprechende will auf das Votum von Vorredner Daniel Gähwiler eingehen. Wer Probleme schafft, um sie dann zu lösen, betreibt keine verantwortungsvolle Politik. In Luzern nehmen die Staus zu, das ist definitiv so. Man sieht es jeden Abend. Auch Unfälle nehmen zu, und Busse stehen im stockenden Verkehr und kommen zu spät. Dies wird nun als Argument genutzt, um ganze Quartiere autofrei zu machen. Das ist ein Zirkelschluss, man erzeugt Engpässe, um sie bewusst als Beweis für noch mehr Einschränkungen zu verwenden. So funktioniert für den Sprechenden seriöse Verkehrspolitik nicht. Es braucht stattdessen eine intelligente Verkehrslenkung. Was dazugehört, überlässt er den Profis. Autofreie Räume sind dann sinnvoll, wenn sie Teil eines funktionierenden Gesamtsystems sind und nicht, wenn sie Konsequenz einer gescheiterten Mobilitätsstrategie sind. Man sollte sich Gedanken darüber machen, weshalb die Stadt Luzern eine solch hohe Unfalldichte hat.

Martin Huber spricht für die anderen 50 Prozent der GLP-Fraktion. Wie gehört, war der B+A in der Fraktion ein heiss diskutiertes Geschäft. Es ist tatsächlich das Los sogenannter Zentrumsparteien, dass Meinungen auf die eine oder andere Seite kippen können.

Wo bei der einen Seite die Gewerbetreibenden ihre Stimmen einbringen konnten, waren es auf der anderen Seite die Quartierbewohnerinnen und -bewohner oder daheim am Mittagstisch die eigenen Kinder. Das ergibt ein differenziertes Bild, aus dem nicht immer ganz einfach eine Fraktionsmeinung herauszulesen ist, was die GLP-Fraktion offenlegt.

Gleichwohl dürfen zwei oder drei Grundsätze ins Feld geführt werden, die in den Details des Parkplatzabbaus bzw. der Parkplatzdiskussion verloren gingen. Aus den bisherigen Voten hörte der Sprechende, dass die Grundsätze der Initiative bis auf wenige Ausnahmen unbestritten sind, weil sie eigentlich der Klima- und Energiestrategie der Stadt Luzern entsprechen. Das ist eines der zentralen Anliegen. Wenn wir die Klima- und Energiestrategie umsetzen wollen – und dieser Auftrag erging vom Volk –, müssen wir anpacken.

Eine Initiative, die von jungen Stimmen bzw. der Zukunft unserer Gesellschaft kommt, verdient es, wahrgenommen zu werden. Dass dieses Thema unemotional diskutiert werden sollte, ist ein frommer Wunsch, der nie erfüllt werden wird. Es ist kein stichhaltiges Argument. Auch wenn die Mitte-Fraktion dieses hehre Anliegen verfolgen will – der Sprechende hält es schlicht für unrealistisch.

Er sieht auch kein übergeordnetes Recht verletzt. Die Initiantinnen und Initianten machen klar, dass das Recht Beachtung finden soll. Sie machen auch klar, dass vulnerable Personen nach wie vor ihre Mobilitätsbedürfnisse umsetzen können, auch in den autobefreiten Quartieren. Es ist auch so, dass der Zugang zu den autobefreiten Quartieren nicht komplett unterbunden werden soll. Dies alles ist im Initiativtext zu erkennen, gut dargelegt und bei der Basis der GLP-Fraktion grundsätzlich gut angekommen.

Wenn wir von Verschwendung von öffentlichem Raum sprechen wollen, sind vier Pneu auf fast 30 m² viel Raum. Zudem ist das sogenannte Mobilitätsbedürfnis nicht einmal ein Mobilitätsbedürfnis, sondern ein Standbedürfnis. In der Regel befindet sich dort kein Mensch, sondern nur Blech.

Wenn wir Raum für andere Mobilitätsformen und sichere Verkehrsverbindungen für den Langsamverkehr schaffen wollen, brauchen wir Raum. Dieser Raum besteht nun halt vielfach noch aus Parkflächen, die heute blockiert sind, z. B. durch Anwohnende, die einen Parkplatz in Anspruch nehmen. An dieser Stelle will der Sprechende anmerken: Es gibt kein Anrecht auf einen Parkplatz in der Stadt Luzern, so wie er immer wieder hört, dass es auch kein Anrecht auf eine Wohnung in der Stadt Luzern gibt. Das ist auch ein Fakt.

Wer sich mit dem städtischen Raum auseinandersetzt, weiss, dass verschiedene Bedürfnisse existieren. Der Sprechende spricht als betroffener Anwohner eines stark befahrenen Quartiers wie die Basel- und die Bernstrasse. Die Lärmbelastung in diesen Quartieren ist massiv. Es gibt keine Möglichkeit, dem Herr zu werden, ausser man reduziert die Geschwindigkeiten. Da ist auch die Elektromobilität nicht ausgeschlossen. Den Pneuabrieb hat man auch bei der Elektromobilität.

Wir alle müssen uns an der Nase nehmen. Aus diesen Gründen ist die GLP-Fraktion gespalten.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Marco Baumann bedankt sich zunächst herzlich für die gute Auslegeordnung der verschiedensten Haltungen, die man bei diesem Thema einnehmen kann.

Wie der Stadtrat im B+A ausführt, kann er den Wunsch nach mehr begrünten Quartieren in der Innenstadt sowie nach weniger Autos nachvollziehen. Diese Anliegen sind seiner Meinung nach aber im Grundsatz bereits in der Klimaanpassungsstrategie, in der Klima- und Energiestrategie wie auch in der Mobilitätsstrategie verankert und werden stadintern mit Hochdruck vorangetrieben.

Die Stadt setzte sich ambitionierte Ziele, vor allem mit der Klima- und Energiestrategie. Diese sind aber nach Ansicht des Stadtrates immer noch erreichbar. Die verschiedenen Massnahmen aus den Strategien beinhalten unter anderem die Schaffung von Grünräumen, die Reduktion der Verkehrsbelastung auf dem Strassennetz und die Halbierung der Parkplätze auf öffentlichem Grund.

Der Grosse Stadtrat hat auch die Entwicklung von Klimaquartieren gutgeheissen. Auch wenn die Grundlagenarbeit für die Klimaquartiere noch nicht ganz abgeschlossen ist, zeichnen sich vergleichbare Massnahmen ab, wie mit der Initiative gefordert werden. Der entscheidende Unterschied ist, dass die Massnahmen nicht so absolut umgesetzt werden sollen wie mit der Initiative gefordert. Deshalb empfiehlt der Stadtrat die Initiative zur Ablehnung.

Mit der Initiative wird gefordert, dass die Quartiere Bruch, Hirschmatt, Neustadt und Kleinmatt, wo immer rechtlich möglich, autobefreit werden. Für eine Autobefreiung gibt es zwei Möglichkeiten: die Signalisation von Fahrverboten und die Aufhebung der Parkplätze.

Weil im Initiativtext «wo immer rechtlich möglich» steht, ist für den Stadtrat unklar, ob dabei auch die privaten Parkplätze reduziert und private wie übergeordnete Strassen angetastet werden sollen.

Enteignungen sind rechtlich zwar möglich, doch nicht überall verhältnismässig.

In einigen Punkten ist unklar, wie die Initiative umgesetzt würde. Dafür müsste der Stadtrat – sollte das Volk der Initiative zustimmen – sicher einen neuen B+A ausarbeiten.

Klar ist hingegen, dass die Initiative dazu führen wird, dass sofort sämtliche Tausend Parkplätze auf öffentlichem Grund in den vier Quartieren aufgehoben werden müssten, was der Stadtrat auch so umsetzen würde. Dies mit negativen Auswirkungen auf die Anwohnerschaft, die auf die öffentlichen Parkplätze zum Teil angewiesen ist, weil nicht alle private Parkplätze haben, sowie auf gewisse Branchen des Gewerbes, das für die Kundschaft zum Teil Parkplätze braucht.

Aus diesen Gründen ist es für den Stadtrat ein Widerspruch zur berechenbaren und breit abgestützten Politik, die sich die Stadt im Rahmen der Klima- und Energiestrategie und mit der Halbierung der öffentlichen Parkplätze bis 2040 gegeben hat. Die Initiative steht in gewissem Mass auch im Widerspruch zu den Anliegen der Quartiervereine, die sich während der letzten Wochen mit Besorgnis beim Stadtrat meldeten.

Der Abbau sämtlicher Parkplätze auf öffentlichem Grund tangiert in den betroffenen Quartieren auch das städtische Vorhaben, Ladestationen zu erstellen und für Personen, die auf ein Auto angewiesen sind, Anreize zu schaffen, auf Antriebe mit erneuerbarer Energie zu wechseln. Zudem ist die Bereitstellung von Parkflächen für Handwerkerinnen und Handwerker, Serviceleute, mobilitätseingeschränkte Personen und auch Güterumschlagsflächen auf öffentlichem Grund von der Forderung der autobefreiten Quartiere infrage gestellt.

Es gibt zwar die Möglichkeit, weitere Ausnahmen zu definieren, wie es im Initiativtext steht. Doch jede Ausnahme widerspricht dem Grundanliegen der Initiative, die Quartiere möglichst autofrei und grün zu gestalten. Zudem sieht der Stadtrat einen weiteren kritischen Punkt: Er würde aufgefordert, unverzüglich mit der Projektierung zu starten und mit einem B+A einen Ausführungskredit vorzulegen. Weil es in der Stadt während der nächsten 10 bis 15 Jahre mit dem See-Energie-Ausbau sehr viele Baustellen geben wird, ist aus Sicht des Stadtrates entscheidend, dass die verschiedenen Bauprojekte aufeinander abgestimmt werden, ohne vorzupreschen und im Rahmen der Initiative mit Sofortmassnahmen und Umgestaltungs- und Aufwertungsmassnahmen loszulegen. Der Stadtrat will das Vorhaben koordiniert angehen, indem er die Klimaquartiere und den Leitungsbau von ewl aufeinander abstimmt.

Deshalb empfiehlt der Stadtrat die Initiative zur Ablehnung. Mit den beschlossenen und bestehenden Strategien und Massnahmen arbeitet die Stadt Luzern schon heute stadtweit auf lebenswerte Quartiere hin, nicht nur in der Innenstadt. Diesen bereits definierten Weg will der Stadtrat weitergehen. Er will aber auch an Tempo zulegen, weshalb er den Gegenvorschlag ausarbeitete, gemäss dem das Bruchquartier als Musterklimaquartier realisiert und geplant werden soll.

Womöglich hat er zu wenig gut kommuniziert, dass es eben nicht beim Bruchquartier aufhört. Der Sprechende hörte aus verschiedenen Voten heraus, dass der Stadtrat zu wenig ambitioniert sei und es zu wenig schnell gehe. Diesbezüglich will er betonen: Im B+A ist klar ausgewiesen, dass die aus dem

Musterklimaquartier gewonnenen Erkenntnisse sofort für weitere Klimaquartiere genutzt und die Aufwertungen zeitnah angegangen werden sollen.

Durch den See-Energie-Leitungsausbau gibt es einen gewissen Druck, weshalb der Stadtrat die Planungen für weitere Klimaquartiere in der Innenstadt vorantreiben wird, damit zeitgleich mit dem Leitungsausbau mit den Aufwertungsmassnahmen gestartet werden kann.

Damit das Vorhaben mehr Verbindlichkeit aufweist und die Umsetzung gestartet werden kann, schlägt der Stadtrat Sofortmassnahmen in Form von Fahrverboten auf drei Strassenabschnitten vor sowie die Aufhebung der 130 öffentlichen Strassenparkplätze auf diesen Abschnitten, bei einer Gesamtmenge von 370 Parkplätzen im Quartier.

Der Sprechende kann die Kritik aus dem Bruchquartier insofern nachvollziehen, als die Bewohnenden sich daran stören, bei den Sofortmassnahmen nicht einbezogen worden zu sein. Der Sprechende nimmt die Kritik auf, um es bei weiteren Projekten besser zu machen. Doch er betont: Wenn das Volk die Initiative annimmt, ist der Handlungsspielraum nicht mehr gegeben, dass die Quartiervereine mitreden können, welche Strassenabschnitte mit einem Fahrverbot belegt werden, und welche Parkplätze erhalten bleiben sollen. Die Initiative lässt keine Partizipationsmöglichkeiten zu.

Mit dem Gegenvorschlag werden die geplanten Sofortmassnahmen und das weitere Vorgehen für das Musterklimaquartier aufgezeigt und die notwendigen Stellenprozente beantragt. Der Stadtrat ist überzeugt, dass er mit dem Gegenvorschlag eine gute Lösung bietet, um die Anliegen der Initiantinnen und Initianten im Rahmen der bestehenden Planungen und Strategien aufzunehmen und angemessen zu berücksichtigen.

Der Sprechende dankt den Parlamentarierinnen und Parlamentariern dafür, die Initiative ebenfalls zur Ablehnung zu empfehlen und dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Ratspräsident Simon Roth: Von der SP/JUSO-Fraktion gibt es einen Antrag auf Nichteintreten auf den B+A im Sinne einer Rückweisung zur Überarbeitung an den Stadtrat.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag der SP/JUSO-Fraktion auf Nichteintreten auf den B+A im Sinne einer Rückweisung zur Überarbeitung an den Stadtrat ab.

Ratspräsident Simon Roth stellt fest, dass der Grosse Stadtrat auf den B+A 12/2025: «Initiative «Begrünte und autobefreite Quartiere für Luzern». Gegenvorschlag mit Sonderkredit» eingetreten ist.

DETAIL

Seite 15 2.5 Synergiepotenzial mit Leitungsbauten

Chiara Peyer stellt namens der GRÜNE/JG-Fraktion folgende **Protokollbemerkung:**

Während der Projektierung werden für die Umgestaltung Synergienutzungen im Rahmen thermischer Netze berücksichtigt.

Baukommissionspräsident Roger Sonderegger: Die Protokollbemerkung wurde von der Baukommission mit 5 : 6 : 0 Stimmen abgelehnt.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Protokollbemerkung zu.

Seite 16 3.1 Umsetzbarkeit der Initiative

Baukommissionspräsident Roger Sonderegger: Die Baukommission hat folgende **Protokollbemerkung** einstimmig überwiesen:

Ausgenommen sind Handwerks- und Serviceleuteparkplätze gemäss Art. 6 Parkkartenreglement.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht. Aus dem Stadtrat gibt es keine anders lautenden Anträge.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

Seite 25 ff. 4.3 Umsetzungsschritte zum Musterquartier

Baukommissionspräsident Roger Sonderegger: Die Baukommission hat folgende **Protokollbemerkung** mit 6 : 5 : 0 Stimmen überwiesen:

Die Einhaltung des Fahrverbots wird überwacht. Bei regelmässigen Verstössen werden bauliche Elemente, beispielsweise Poller, installiert.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Anna-Sophia Spieler: Die FDP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung der Baukommission ab.

Seite 30 f. Antrag und Beschluss

- I. Der Grosse Stadtrat erklärt die Initiative «Begrünte und autobefreite Quartiere für Luzern» einstimmig für gültig.**
- II. Der Grosse Stadtrat lehnt die vom Stadtrat beantragte Ablehnung der Initiative «Begrünte und autobefreite Quartiere für Luzern» zuhanden der Stimmberechtigten mit 21 : 24 : 1 Stimmen ab.**
- III. Der Grosse Stadtrat lehnt den Sonderkredit in der Höhe von 1,773 Mio. Franken für die Entwicklung des Musterquartiers gemäss Gegenvorschlag, inklusive zusätzlicher 100 Stellenprozent bei der Dienstabteilung Tiefbauamt, Bereich Mobilität, per 1. Januar 2026 (Stellen-ID 754, befristet bis 31. Dezember 2028), mit 0 : 46 : 0 Stimmen ab.**
- IV. Ratspräsident Simon Roth:** Der von der Baukommission behandelte Beschluss unterscheidet sich vom dem Parlament vorliegenden Beschluss, weshalb der Grosse Stadtrat zunächst nur über die Überweisung der Motion 358 abstimmt und erst danach über deren gleichzeitige Abschreibung.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Überweisung der Motion 358, Mario Stübi und Regula Müller namens der SP-Fraktion vom 4. April 2024: «Das Bruchquartier verdient weniger Stau», zu, schreibt sie aber nicht gleichzeitig als erledigt ab.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 12 vom 26. März 2025 betreffend

Initiative «Begrünte und autobefreite Quartiere für Luzern»**– Gegenvorschlag mit Sonderkredit****– Behandlung und Abschreibung Motion 358,**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 43 des Gemeindegesetzes des Kantons Luzern vom 4. Mai 2004, § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016, Art. 9 lit. b, Art. 11 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1 Ziff. 3 und Abs. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 1 und Art. 69 lit. b Ziff. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 55h und Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. In eigener Kompetenz:
Die Initiative «Begrünte und autobefreite Quartiere für Luzern» ist gültig.
- I. Zuhanden der Stimmberechtigten:
Die Initiative «Begrünte und autobefreite Quartiere für Luzern» wird zur Annahme empfohlen.
- II. Ein Sonderkredit in der Höhe von 1,773 Mio. Franken für die Entwicklung des Musterquartiers gemäss Gegenvorschlag, inklusive zusätzlicher 100 Stellenprozent bei der Dienstabteilung Tiefbauamt, Bereich Mobilität, per 1. Januar 2026 (Stellen-ID 754, befristet bis 31. Dezember 2028), wird nicht bewilligt.
- III. Die Motion 358, Mario Stübi und Regula Müller namens der SP-Fraktion vom 4. April 2024: «Das Bruchquartier verdient weniger Stau», wird überwiesen und entgegen dem Antrag des Stadtrates nicht gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.
- IV. Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem obligatorischen Referendum, derjenige gemäss Ziffer III wird dem obligatorischen Referendum unterstellt. Ziffer III ist den Stimmberechtigten als Gegenvorschlag zur Initiative in einer Doppelabstimmung zu unterbreiten.

5 Ombudsstelle der Stadt Luzern. Tätigkeitsbericht 2024**EINTRETEN**

GPK-Präsident Adrian Albisser: An ihrer Sitzung vom 9. Mai 2025 hat die Geschäftsprüfungskommission den Tätigkeitsbericht 2024 der Ombudsstelle der Stadt Luzern in Anwesenheit der Ombudsfrau Lucia Schnider Stulz beraten. Wenn man sich im Tätigkeitsbericht ein Bild über die Fälle der Ombudsstelle macht, so öffnet sich ein eigentliches Panoptikum der Gesellschaft. Der Sprechende macht ein paar Beispiele:

- Es geht um Unverständnis gegenüber einer vom Steueramt ausgelösten Betreuung.
- Es geht um einen Unfall mit Elektrotrottinett wegen eines Lochs auf einer öffentlichen Strasse.
- Es geht um Eltern, die mit der Zuteilung ihres Kindes in den Kindergarten nicht einverstanden sind.
- Es geht um das Grillieren auf einer Badewiese und um unzumutbare Immissionen für die Anwohnerschaft. Hier bringt der Sprechende folgende persönliche Vermutung an: Dabei kann es sich wohl nicht um einen Elektrogrill auf der Ufschötti gehandelt haben.
- Es geht um Unzufriedenheit mit Beistandspersonen im Erwachsenenschutz.
- Es geht um Unmut über gesperrte Parkplätze wegen Bauarbeiten.
- Es geht um Baumfällungen in Quartieren, die unverzüglich gestoppt werden müssen.
- Es geht um Probleme mit dem Vorgesetzten und Mobbing am Arbeitsplatz.

– Und es geht um eine Erbegemeinschaft, welche die Gebührenrechnung des städtischen Teilungsamtes nicht akzeptiert.

442 Personen haben 2024 die Ombudsstelle mit solchen und weiteren Fragen kontaktiert. Das führte zu 109 Fällen und 333 Anfragen. Ein Fall ist eine Abwicklung der Ombudsstelle, die mehrere Aktionen nach sich zieht. Eine Anfrage ist in der Regel nach einer einmaligen Beantwortung gelöst. Im Vergleich mit dem Vorjahr entspricht dies einer Steigerung von 15 Prozent bei den Fällen und 21 Prozent bei den Anfragen.

Einen möglichen Grund für die Zunahme der Beschwerden und Anliegen führt die Ombudsstelle darauf zurück, dass die angespannte gesellschaftliche Lage bei mehr Personen Stress und Überforderung hervorruft. Die Ombudsstelle stellt zudem fest, dass Betroffene bei Konflikten mit der Stadtverwaltung schneller Unterstützung suchen. Der Austausch zwischen der Ombudsstelle und der Verwaltung verläuft kooperativ. Die Ombudsstelle erhält die gewünschten Auskünfte und kann bei entsprechenden Gesuchen Akteneinsicht nehmen.

Im intensiven Jahr 2024 konnte die Ombudsstelle zudem ihr zehnjähriges Bestehen feiern.

Im Geschäftsjahr fand auch eine Sitzung mit gewissen Folgewirkungen statt. Es handelt sich um eine Sitzung mit den Sozialvorsteherinnen und Sozialvorstehern der K5-Gemeinden. Es ist derzeit in Klärung, ob es für die K5-Gemeinden eine Option sein könnte, künftig die Dienstleistungen der städtischen Ombudsstelle in Anspruch zu nehmen. Im Falle eines solchen Interesses würde der Grosse Stadtrat in das Vorgehen und die Grundlage einer Zusammenarbeit einbezogen.

Die Geschäftsprüfungskommission würdigte die Arbeit der Ombudsstelle der Stadt Luzern, verdankte sie und genehmigte den Tätigkeitsbericht 2024 einstimmig. Im Namen der Kommission dankt der Sprechende der Ombudsfrau Lucia Schnider Stulz und ihrem Stellvertreter Markus Vanza für ihren wichtigen Einsatz im Dienst der Stadt Luzern.

Ratspräsident Simon Roth: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit ist das Traktandum 5 geschlossen.

6 Dringliche Motion 70, Roger Sonderegger und Luzi Meyer namens der Mitte-Fraktion vom 28. April 2025: Luzern braucht ein neues Theater

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme

Roger Sonderegger möchte zwar keine Diskussion beantragen, jedoch ein Dankeschön an den Stadtrat anbringen.

Ratspräsident Simon Roth weist darauf hin, dass auch dazu die Zustimmung des Grossen Stadtrates zur Diskussion nötig ist.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Roger Sonderegger bedankt sich für die Zustimmung zur Diskussion und für die Dringlicherklärung der Motion. Er will wie gesagt ein Dankeswort aussprechen und eine kleine politische Zwischenorientierung der Mitte-Fraktion abgeben.

Natürlich war die Mitte-Fraktion enttäuscht vom Abstimmungsresultat. Sie hat das Projekt «überall» unterstützt. Wie der Stadtrat nimmt auch die Mitte-Fraktion die Stimme des Volkes sehr ernst. Ganz offensichtlich hat die Bevölkerung das Projekt anders beurteilt als die Mitte-Fraktion. Wie man der Motion entnehmen kann, schaut die Mitte-Fraktion nach vorn. Es geht nun um die nächsten Schritte in der Geschichte des Gebäudes für das Luzerner Theater. Die Fraktion ist froh, dass die Einschätzungen des Stadtrates mit ihren Absichten übereinstimmen und dass er schon im Herbst einen Planungsbericht vorlegen wird.

Wichtig ist jetzt vor allem, dass zwei Zeitschienen parallel gedacht werden. Das Luzerner Theater inkl. Luzerner Sinfonieorchester arbeitet im Moment in einer Art veraltetem Provisorium. Dieses weist baulich grosse Mängel auf, und es besteht ein akuter Handlungsbedarf. Mindestens die Personensicherheit und die dringendsten technischen Verbesserungen müssen jetzt angegangen werden. Dafür bewilligte das Parlament im Februar 2025 5 Mio. Franken. Ob diese den Bedarf der nächsten fünf bis zehn Jahre decken, wird sich im Herbst im Bericht des Stadtrates zeigen. Der Sprechende geht davon aus, dass dies eher nicht der Fall sein wird, weil der Planungshorizont länger ist. Die Sicherheitsprobleme mit der Decke im Zuschauerraum sind nur eines von vielen Beispielen.

Wichtig ist der Mitte-Fraktion zudem, dass der Betrieb unter würdigen Umständen weitergeführt werden kann. Zu den möglichen Lösungen gehört die Weiternutzung der Box über den ursprünglichen Termin hinaus. Das Postulat 77 fordert genau das. Die Kolleginnen Diel Schmid Meyer und Elena Wiss haben dieses im Mai 2025 eingereicht. Die Mitte-Fraktion ist dem Stadtrat dankbar, wenn er es in seinem Planungsbericht im Herbst mitberücksichtigt.

Der Sprechende dankt dem Stadtrat im Namen der Mitte-Fraktion für seine Stellungnahme und die Bereitschaft, die Planung für ein neues Luzerner Theater unverzüglich an die Hand zu nehmen. Mit dem Planungsbericht steht dem Stadtrat ein gutes Instrument zur Verfügung, um die Auslegeordnung und die weiteren Schritte erneut mit dem Grossen Stadtrat und mit der interessierten Öffentlichkeit zu diskutieren. Der Einbezug der Nachbefragung zur Abstimmung vom 9. Februar ist aus Sicht der Mitte-Fraktion absolut sinnvoll. Sie wünscht sich wie in der Motion erwähnt den Einbezug der Überbauung Buobenmatt in die weiteren Überlegungen.

Die Mitte-Fraktion unterstützt die Überweisung der Motion.

Christov Rolla ist dafür bekannt, manchmal lange Voten zu halten. Vermutlich hat er einen Drittel seiner gesamten bisherigen Redezeit mit dem Thema «Neues Luzerner Theater» (NLT) verbracht. Das will er heute ausgleichen und sich kurz und knapp halten.

An der letzten oder vorletzten Sitzung der Spezialkommission NLT hat man festgestellt, dass der Stadtrat seit der verlorenen Abstimmung zum Projekt «überall» streng genommen keinen parlamentarischen oder aus seinem Amt hervorgehenden Auftrag mehr hatte, sich um die Zukunft des Luzerner Theaters zu kümmern. Durch die vorliegende Motion ist dieser wieder gegeben. Der Sprechende bedankt sich dafür und auch beim Stadtrat für die Entgegennahme.

Die Ansichten der GRÜNE/JG-Fraktion haben sich nicht geändert. Sie findet nach wie vor, dass das bestehende Gebäude dringendst saniert und erweitert oder durch einen Neubau ersetzt werden muss. Dies in einer Dimension, in der ein zeitgemässes Musiktheater und alle anderen möglichen Sparten Platz haben sollen, und in dem es menschenwürdige und sichere Arbeitsbedingungen geben soll. Bezüglich des Betriebskonzepts und der Ausgestaltung, ja sogar bezüglich des Standorts schaut die Fraktion im Moment ergebnisoffen in die Zukunft und wartet gespannt und etwas ungeduldig auf den in Aussicht gestellten B+A im Herbst.

Die GRÜNE/JG-Fraktion unterstützt die Überweisung der Motion einstimmig.

Patricia Lang: Bei der Instandhaltung des aktuellen Theatergebäudes und der Weiterplanung für ein neues Luzerner Theater besteht dringender Handlungsbedarf. Dass sich kurz vor Ostern Deckenteile gelöst haben und der komplette erste Rang bis Ende Saison gesperrt sein wird, unterstreicht die Dringlichkeit von Übergangsmassnahmen, damit der laufende Betrieb gesichert bleibt und die Mitarbeitenden des Luzerner Theaters zumindest diesbezüglich eine klare Perspektive haben. Die Signale der Stadt sind unmissverständlich, dass man diese Ansicht teilt. Kurz- und mittelfristige Investitionen in die bestehende Infrastruktur werden jetzt getätigt, und die Stadt erarbeitet derzeit einen ergebnisoffenen Prozess für die Weiterplanung auf Grundlage der Erkenntnisse aus der Bevölkerungsumfrage.

Trotz der unbestrittenen Dringlichkeit hat die SP/JUSO-Fraktion die Motion «Luzern braucht ein neues Theater» kritisch diskutiert. Einzelne Fraktionsmitglieder haben die Befürchtung geäussert, dass man zu schnell ins alte Fahrwasser gerät und letztlich einfach eine neue Hülle geplant wird. Für die Fraktion ist zentral, dass der Prozess einen neuen, differenzierten und partizipativen Dialog über die Zukunft des Luzerner Theaters mit seiner Ausrichtung und dem Raumprogramm sowie über die künftige Kulturpolitik der Stadt Luzern beinhaltet und dass nicht nur das Ergebnis, sondern auch der Prozess offenbleiben.

Grossmehrheitlich wird die SP/JUSO-Fraktion die Motion überweisen, da sie die Anliegen im Grundsatz unterstützt.

Ratspräsident Simon Roth weist darauf hin, dass über die Motion nicht mehr abgestimmt wird, weil niemand aus dem Parlament einen Antrag auf Nichtüberweisen stellte.

Yolanda Ammann: Das Nein der Stimmbevölkerung zum neuen Theater war nicht grundsätzlich ein Nein zum Theaterplatz Luzern. Positiv ist, dass die Stadt nicht lange um die verpasste Chance trauerte, sondern umgehend mit einem neuen Prozess startete. Die Sprechende bedankt sich dafür.

Die Bevölkerungsumfrage, mit deren Hilfe Erkenntnisse gewonnen und eine Auslegeordnung gemacht werden kann, ist ein erster Schritt und dient als Grundlage für eine differenzierte Diskussion über die Zukunft des Luzerner Theaters.

Die FDP-Fraktion begrüsst sehr, dass die Planung für die Zukunft des Luzerner Theaters umgehend aufgenommen wird, sodass im Herbst ein B+A mit dem weiteren Prozess und den Planungsschritten vorgelegt werden kann. Darin enthalten sollten auch bauliche und betriebliche Strategien des jetzigen Theaters sein, damit der Betrieb mittelfristig aufrechterhalten werden kann.

Bis zur Eröffnung eines neuen Theaters werden mindestens zehn Jahre vergehen. Deshalb sollte das jetzige Theater neben der stets laufenden Kontrolle auch eine einmalige gründliche Überprüfung erhalten. Es sollen nicht nur «Pflästerli»-Unterhaltsarbeiten gemacht werden, sondern es muss in eine umfangreiche Sanierung investiert werden, damit der Betrieb genug lange aufrechterhalten werden kann. Dies wird insgesamt nicht teurer, als wenn laufend geflickt wird.

Timo Lichtsteiner: Die SVP-Fraktion lehnt die Motion 70 entschieden ab. Die Forderung nach einem Neubau des Luzerner Theaters hält sie für nicht zielführend und finanzpolitisch unverantwortlich. Der geplante Theaterneubau ist mit enormen Kosten verbunden. Die Tragbarkeit ist aus Sicht der SVP-Fraktion stark zu bezweifeln, insbesondere im aktuellen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Umfeld. Statt einen teuren und städtebaulich einschneidenden Neubau unterstützt die SVP-Fraktion klar eine umfassende Totalsanierung des bestehenden Theatergebäudes. Das 180-jährige Gebäude ist ein wichtiger Bestandteil im historischen Stadtbild von Luzern und spielt eine zentrale Rolle im Luzerner Kulturleben.

Eine Totalsanierung, deren Kosten zurzeit auf rund 50 bis 80 Mio. Franken geschätzt werden, stellt aus Sicht der Fraktion eine vernünftigeren und nachhaltige Lösung dar. Sie bringt zwar Herausforderungen mit sich, besonders in den Bereichen Brandschutz, Arbeitssicherheit und Raumstruktur. Doch lässt sich der Bestand bei sorgfältiger Planung funktional und erhaltend aufwerten. So kann der Theaterbetrieb langfristig gesichert werden, ohne dass die Stadt mit den zusätzlichen Risiken eines Neubaus belastet wird.

Die SVP-Fraktion lehnt die sogenannte «Pflästerli»-Taktik als oberflächliche Teilrenovation ebenso wie einen Neubau ab. Sie fordert eine substanziell nachhaltige Sanierung, die sowohl den Bedürfnissen der Kulturschaffenden als auch den finanziellen Möglichkeiten der Stadt Luzern gerecht wird. Die SVP-Fraktion setzt sich für eine verantwortungsvolle Kulturpolitik ein, die wirtschaftlich tragbar und bürgernah ist.

Martin Huber versichert, dass seitens GLP-Fraktion kein Antrag gestellt wird. Er bedankt sich zunächst herzlich bei den Motionären für die Motion und beim Stadtrat für die Stellungnahme. Der Scherbenhaufen nach der Abstimmung ist im wahrsten Sinne des Wortes sichtbar und spürbar. Zwar hätte sich die Deckenverkleidung im Theatersaal bei einer Annahme des Kredits wahrscheinlich trotzdem gelöst, doch wenigstens wäre sie dann in die perspektivisch richtige Richtung gegangen. Zumindest hätte man mit gutem Gewissen das Nötigste sanieren können.

Nun braucht es definitiv mehr: Es braucht dringende Sanierungsarbeiten, um den Theaterbetrieb nicht ganz einzustellen müssen. Es braucht aber auch eine breite kultur- und städtebauliche Debatte. Viele Fragen sind offen – Betriebskonzept, Standort, Freiräume und Finanzierung sind nur ein paar Stichworte, die am Horizont der kommenden Jahre erscheinen werden.

In erster Linie braucht es die Bereitschaft aller – hier unterscheidet der Sprechende sich nach eigener Angabe von seinem Vorredner – aus der Box herauszudenken, auch wenn die Box vorerst als Spielstätte noch etwas länger erhalten bleiben dürfte.

Das Theater kann städtebaulich nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss wahrscheinlich als Teil eines grösseren Entwicklungsprojekts verstanden werden. Das Haus muss unterschiedlichste Anspruchsgruppen aufnehmen können, zugänglich sein und könnte unter Umständen auch als zweiter Kulturhub neben dem KKL verschiedene Szenen und Produktionen ermöglichen und so einladen. So war zumindest die Wahrnehmung nach der Abstimmung. In diesem Sinne muss man feststellen: Überall ist Tod, es lebe das Luzerner Theater.

Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat, dass er in Sachen Theater vorwärtsmacht.

Bildungsdirektor Beat Züsli: Es ist unbestritten und wurde von allen Seiten betont – wenn auch zum Teil mit kritischen Bemerkungen –, dass der Handlungsbedarf gegeben ist. Mit der Ablehnung vom 9. Februar 2025 ist das Problem des Luzerner Theaters nicht gelöst. Die Infrastruktur ist veraltet, sie braucht eine Erneuerung.

Der Stadtrat ist sehr dankbar, dass das Parlament dem Kredit von 5 Mio. Franken zustimmte, der für den Zeitraum bis 2028 vorgesehen ist, um die Betriebs- und die Personensicherheit aufrechtzuerhalten. Der Stadtrat erarbeitet nun einen B+A, der Ressourcen schafft, damit er die nächsten Schritte angehen kann. Er wird personelle und finanzielle Ressourcen verlangen, damit er überhaupt weiterplanen kann. Denn der Stadtrat ist im Moment gar nicht handlungsfähig, weil die erforderlichen Ressourcen mit der Ablehnung vom 9. Februar nicht gesprochen wurden.

Der Stadtrat wird die nächsten Schritte unter Einbezug der Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung planen, deren Ergebnisse zur Frage, wie die Zukunft des Luzerner Theaters gestaltet werden soll, Ende Juni der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Der Blick muss breit sein und alle Möglichkeiten einbeziehen. Der Stadtrat wird mit dem B+A aufzeigen, wie er sich das weitere Vorgehen vorstellt.

Ratspräsident Simon Roth: Wie bereits zu Beginn des Traktandums erwähnt, beantragt der Stadtrat die Entgegennahme der Motion. Aus dem Parlament gab es keinen anders lautenden Antrag. **Damit ist die Motion überwiesen.**

Der Sprechende fragte zu Beginn des Traktandums – was er in diesem Fall normalerweise nicht tut –, ob jemand Diskussion verlangt. Das war der Fall, und der Grosse Stadtrat hat der Diskussion zugestimmt. Die Diskussion ist nun abgeschlossen. Damit ist das Traktandum 6 geschlossen.

Mittagspause von 11.55–13.30 Uhr

**7 Postulat 16, Claudio Soldati und Patricia Almela namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Selina Frey namens der GRÜNE/JG-Fraktion vom 14. November 2024:
Gesunde Zähne für alle statt für wenige**

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme

Peter Krummenacher stellt namens der FDP-Fraktion einen **Ablehnungsantrag**. Das Postulat fordert ein Pilotprojekt, um einkommensschwachen Menschen den Zugang zu zahnmedizinischen Behandlungen und Prävention wie Dentalhygiene finanziell zu erleichtern. Es wird auf die Lücke zwischen Personen mit Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen und jenen mit knappem Einkommen ohne Anspruch auf solche Leistungen hingewiesen. Zahnbehandlungen sind in der Schweiz keine Pflichtleistung der Grundversicherung, was zu untragbaren Situationen führen kann. Der Stadtrat sieht die Integration in bestehende Strukturen als pragmatischen Lösungsansatz, und es soll im Rahmen eines Pilotprojekts die Umsetzung inklusive Abklärung der Zielgruppe und Finanzierung geprüft werden.

Für empfohlene Präventivleistungen wären, abhängig von der Projektgestaltung, erhebliche Kosten zu erwarten. Der Stadtrat verweist aber auf die Notwendigkeit klarer Kriterien und Partnerschaften. Die Ausführungen des Stadtrates sind grundsätzlich nachvollziehbar, insbesondere der Verzicht auf den Aufbau neuer Strukturen sowie das Erfordernis klarer Richtlinien zur Bestimmung der Armutsgrenze. Dennoch ist festzuhalten, dass mit dem vorgeschlagenen Vorgehen der Sozialstaat weiter ausgebaut wird. Die Frage der Eigenverantwortung wird in der Stellungnahme des Stadtrates nicht thematisiert. Ob präventive Massnahmen in diesem Bereich langfristig zu Einsparungen für die Stadt führen können, ist aus Sicht der FDP-Fraktion sehr ungewiss. Aus ihrer Sicht ist es wichtig, die Armutsgrenze konsequent einzuhalten, wie es in den anderen Gemeinden im Kanton Luzern üblich ist, und keine neue Anspruchskategorie für Personen «knapp darüber» zu schaffen. Im Übrigen liegt die Prävention in der Zahnpflege in der Eigenverantwortung jedes einzelnen, unabhängig vom Einkommen. Die FDP-Fraktion lehnt daher das Postulat ab.

Claudio Soldati: Die SP/JUSO-Fraktion hält an der Überweisung fest und dankt dem Stadtrat für die fundierte Stellungnahme zum Postulat.

Die Stellungnahme des Stadtrates zeigt auf, dass es berechtigte Gründe gibt, ein Pilotprojekt für mehr Zahngesundheit zu starten. Gleichzeitig hält der Sprechende fest, dass der Stadtrat das Postulat inhaltlich nur teilweise entgegennimmt. Das Postulat fordert nämlich die finanzielle Unterstützung für Dentalhygiene (DH) und Zahnbehandlungen. Der Stadtrat will nur DH mit eigenen Mitteln bestreiten, Zahnbehandlungen hingegen nur in Ausnahmefällen und mittels Fonds.

Mit der Stellungnahme schlägt der Stadtrat eine Brücke für einen Kompromiss und eine mehrheitsfähige Lösung gegenüber einem sozial- und gesundheitspolitisch verantwortungsvollen Parlament. Gleichzeitig schliesst er an die überwiesene Motion 260 für eine bessere Finanzierbarkeit von Zahnbehandlungen von Schulkindern an. Das ist ein Kompromiss, mit dem die SP/JUSO-Fraktion gut leben kann.

Der Sprechende will eine Zahl aus der Stellungnahme zum Postulat betonen: Rund 6 Prozent der Personen aus der untersten Einkommensklasse verzichten aus rein finanziellen Gründen auf zahnärztliche Leistungen. Das sieht im ersten Moment nach nicht viel aus. Man muss sich aber vorstellen, was das für die Betroffenen im Alltag bedeutet.

Wenn die FDP-Fraktion vor diesem Hintergrund «Eigenverantwortung» schreit, will der Sprechende dem FDP-Vorredner etwas erklären: Die betroffenen Menschen leben in absolut anderen finanziellen Realitäten als alle Anwesenden im Saal. Sie haben in der Regel vor dem Zahntag Ende Monat kein mehr Geld auf dem Konto und müssen sich entscheiden zwischen einer überfälligen Mitgliederbeitragsrechnung für den Fussballclub eines Kindes und einer DH-Behandlung für eine erwachsene Person. Die systembedingten Schwelleneffekte bei Personen knapp über dem Existenzminimum sind ein grosses Problem. Wenn man nun die «Eigenverantwortungs-Keule» vorbringt, ist das entweder zynisch oder man kennt die Lebensrealitäten der betroffenen Familien schlicht zu wenig gut.

Der FDP-Sprechende argumentierte, dass der Staatshaushalt nicht stärker belastet werden dürfe und es sich um einen Sozialausbau handeln würde. Prävention ist teuer. Was aber teurer ist, sind Reparaturen. Personen in der untersten Einkommensklasse leben konstant – oft während ihres gesamten Lebens – in volatilen finanziellen Verhältnissen. Es ist gut möglich, dass sie im Verlauf ihres Lebens einmal in die Sozialhilfe rutschen. Wenn sie dann in der Sozialhilfe sind und zuvor viele Jahre keine DH und Zahnbehandlungen machen konnten, ist es ihnen nicht zu verübeln, wenn sie eine notwendige Zahnbehandlung auf volle Kosten der Sozialhilfe bzw. der Stadt durchführen lassen. Allen ist klar, dass dies teurer ist, als wenn man laufend Prävention betrieben hätte. Präventive Zahnbehandlungen schonen auf lange Frist die Stadtkasse und nicht umgekehrt.

Der Sprechende hört vor allem aus kirchlichen Kreisen, dass es in den Sozialberatungen oft vorkommt, dass Personen für die (Mit-)Finanzierung von Zahnbehandlungen anfragen. Es geht hier um die öffentliche Gesundheit. Deshalb können wir Partnerinstitutionen wie z. B. die Kirchen nicht im Regen stehen lassen. Diese Herausforderungen müssen gemeinsam bewältigt werden. Dafür eignet sich ein Pilotprojekt sehr gut.

Der Sprechende plädiert dafür, dass der Pilotversuch durchgeführt wird und dass die Stadt und ihre Projektpartnerinnen damit wichtige Erfahrungen sammeln können. Er spricht sich zudem dafür aus, dass die Sozialkommission engmaschig zum Projekt informiert bleibt.

Der Sprechende dankt für die Unterstützung für die Überweisung des Postulats.

Selina Frey: Die GRÜNE/JG-Fraktion dankt dem Stadtrat für die positive Aufnahme des Postulats. Präventive Leistungen wie regelmässige Dentalhygiene verhindern Karies, Zahnkrankheiten, Zahnfleischentzündungen sowie Zahnsteinbildung und verbessern das allgemeine Wohlbefinden. Menschen mit kranken oder fehlenden Zähnen haben oft Schwierigkeiten, sich weiterhin ausgewogen zu ernähren, weil sie Probleme oder Schmerzen beim Kauen haben. Verschiedene Studien zeigen, dass sie oft weichere, zuckerhaltigere und nährstoffärmere Nahrung bevorzugen, was zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder auch weiteren Krankheiten führen kann. Unter diesen Krankheiten leiden das Gesundheitssystem und vor allem die Menschen, die sich die präventiven Dentalhygienebehandlungen nicht leisten konnten.

Sogar der FC Barcelona schickt alle Spieler seit letztem Sommer zur Saisonvorbereitung regelmässig zum Zahnarzt, weil sich die Erkenntnis, dass die körperliche Leistungsfähigkeit durch Zahnprobleme beeinträchtigt werden kann, durchgesetzt hat.

Zurück nach Luzern: Dass armutsbetroffene und armutsgefährdete Menschen sich keine Dentalhygiene leisten können, bestätigt die Sprechende aus ihrem Berufsalltag. Menschen, die knapp über der Sozialhilfe leben, haben jeden Monat eine Rechnung, die für ihr Budget zu hoch ist. Mal ist es die Stromrechnung, mal die Serafe, im nächsten Monat ist es die Haftpflicht – Dentalhygiene ist für diese Menschen definitiv unter Luxus einzuordnen, genauso wie Ausflüge am Wochenende und Ferien. Genau dort wird oft gespart, weshalb viele Working-Poor-Familien nicht zur Dentalhygiene gehen.

Dass die Stadt bereit ist, ein Pilotprojekt zu konzipieren, unterstützt die GRÜNE/JG-Fraktion. Auch die Überlegung, Zielgruppen anhand bereits vorhandener Kriterien festzulegen und Partnerorganisationen einzubeziehen, findet sie sehr gut. Als Präsidentin der Sozial- und Sicherheitskommission sagt die Sprechende mit Blick zur GLP-Fraktion, dass sie das Pilotprojekt nach einer ersten Phase in der Kommission traktandieren wird, so wie jedes Pilotprojekt in der Kommission traktandiert wird. Dies, um auch zu erfahren, ob eine definitive Einführung sinnvoll ist oder nicht.

Die Sprechende bedankt sich für die Unterstützung zur Überwachung und ist überzeugt, dass es sich um eine präventive Massnahme mit vielen Folgeeffekten für die betroffenen Menschen, aber auch für unser Gesundheitssystem handelt.

Jürg Häcki: Das Postulat 16 fordert ein Pilotprojekt, um einkommensschwachen Haushalten zahnmedizinische Behandlungen und Präventionsmassnahmen zu finanzieren. Die SVP-Fraktion anerkennt das Anliegen, ist jedoch überzeugt, dass das Postulat weder nachhaltig noch zielführend ist. Aus folgenden Gründen unterstützt sie die Ablehnung:

- Prävention statt Subvention: Die meisten Zahnprobleme entstehen durch mangelnde Mundhygiene oder ungesunde Ernährung. Zahnpasta kostet weniger als Fr. 3.–, eine Zahnbürste hält Monate. Regelmässiges Zähneputzen und eine ausgewogene Ernährung verhindern Karies und andere Probleme. Ein Pilotprojekt, das Dentalhygiene oder Behandlungen finanziert, setzt am falschen Ende an. Statt Kosten zu übernehmen, sollte die Stadt Luzern in Schulprogramme und Aufklärung investieren, um Kinder und Erwachsene zu präventivem Verhalten zu erziehen.
- Eigenverantwortung fördern: Ein verantwortungsvoller Lebensstil – weniger Zucker, regelmässige Zahnpflege – macht teure Zahnarztbesuche oft überflüssig. Wenn die Stadt Luzern Behandlungen subventioniert, riskiert sie, dass Menschen ihre Gesundheit vernachlässigen, da sie erwarten, dass die Stadt einspringt. Das wird noch viel teurer, untergräbt die Eigenverantwortung und schadet langfristig der öffentlichen Gesundheit. Wir sollten stattdessen Anreize schaffen und die Eigeninitiative belohnen, nicht Abhängigkeiten fördern. Wenn man sieht, was für Nikotin und Alkohol pro Monat ausgegeben wird – sehr wohl auch von einkommensschwachen Personen –, steht dies in keinem Verhältnis zu den Kosten der Zahnhygiene. Die Eigenverantwortung zieht nicht bei diesem Thema.
- Falsche Signale durch Subventionen: Das Postulat suggeriert, dass Zahnprobleme vor allem ein finanzielles Problem sind. Doch oft liegen die Ursachen in mangelndem Wissen oder falschen Prioritäten. Wenn die Stadt Luzern Behandlungen finanziert, signalisiert sie, dass Vernachlässigung folgenlos bleibt. Das ist eine falsche Erziehung, die Prävention untergräbt. Wir müssen Bildung und Gesundheitsbewusstsein in Familien und Schulen stärken, um eine Kultur der Vorsorge zu schaffen.
- Die Schweizerische Zahnärzte-Gesellschaft (SSO), die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und die Vereinigung der Kantonszahnärzte (VKZS) haben im Januar 2025 einen Letter of Intent veröffentlicht, der die zahnmedizinische Versorgung armutsgefährdeter Menschen verbessern soll.

Projekte wie «Mundgesundheit für alle» in Fribourg zeigen, dass nationale Ansätze bereits greifen. Ein lokales Pilotprojekt in Luzern wäre redundant und würde Ressourcen binden, die besser in bestehende Strukturen wie Schulzahnpflege oder lokale Aufklärung fliessen könnten.

- Allein die Kosten für Dentalhygiene, die bei einer teilweisen Überweisung anfielen, könnten bis zu Fr. 400.– pro Behandlung betragen. Bei potenziell 10 Prozent der Luzerner Bevölkerung drohen immense Ausgaben. Allein die Dentalhygiene würde die Stadt Luzern 1,8 Mio. Franken pro Jahr kosten. Die Behandlung von Karies ist darin nicht enthalten. Wenn wir davon ausgehen, dass die Anzahl an Karies bei kostenfreier Dentalhygiene kaum reduziert wird, kommen noch die Kosten für Kronen, Brücken und Stiftzähne hinzu – was die Kosten vollends explodieren lässt. Wer etwas vom Thema versteht, weiss: Dentalhygiene nützt nur gegen Parodontitis, aber nicht gegen Karies. Dentalhygiene macht man alle sechs bis zwölf Monate. In dieser Zeit fällt genau gleich viel Karies an. Die vorgeschlagenen Kriterien – etwa über Kulturlegi oder Steuerdaten – erfordern hohen Verwaltungsaufwand und schaffen Ungerechtigkeiten, da jede Grenze Menschen ausgrenzt. Bestehende Fonds wie der Sonnenberg-Fonds können Ausnahmefälle effizienter abdecken, ohne neue Bürokratie zu schaffen. Das Postulat 16 ist gut gemeint, aber ineffizient und kontraproduktiv. Es schwächt die Eigenverantwortung, setzt falsche Anreize und ignoriert die Kraft der Prävention. Angesichts nationaler Initiativen und hoher Kosten ist ein lokales Pilotprojekt überflüssig. Die SVP-Fraktion plädiert für Investitionen in Aufklärung und bestehende Strukturen und unterstützt die Ablehnung des Postulats.

Senad Sakic: Das Postulat 16 beschäftigt sich mit unserem Stadtbild, unserer Gesundheit und nicht zuletzt mit unserem zwischenmenschlichen Kontakt. Der Sprechende sieht es wie die beiden Vorredner Peter Krummenacher und Jürg Häcki, will aber, was den Preis einer Zahnbürste betrifft, etwas tiefer gehen. Zur Aussage von Claudio Soldati, Prävention sei teuer, aber Reparaturen seien noch teurer: Das ist richtig erkannt, doch Prävention beginnt schon viel früher, nämlich beim Zähneputzen. Eine Herz-Kreislauf-Störung in Verbindung zu setzen mit Zahnhygiene, wie es von der GRÜNE/JG-Sprecherin getan wurde, findet der Sprechende übertrieben.

Dem Sprechenden geht es um Ursachenbekämpfung – generell wird in allen Geschäften sehr wenig in die Prävention investiert, sondern viel mehr in die Versorgung. Er will der Frage nachgehen, ob sich eine Person, die von Sozialhilfe lebt, keine Zahnpasta leisten kann. Eine Tube Zahnpasta kostet rund Fr. 2.–. In der Migros gibt es sogar eine für Fr. 1.45, und es wird noch andere, billigere Zahnpastas geben. Wenn man einen 1-Zentimeter-Streifen Pasta auf die Zahnbürste gibt, entspricht dies etwa 0,25 g Zahnpasta. Das reicht mit einer grossen Tube für 800 Mal Zähne putzen, was rund acht Monaten entspricht. Für den Preis einer Zigarette am Kiosk hat man fast ein halbes Jahr lang einen frischen Atem.

Bei den Zahnbürsten fand der Sprechende ebenfalls ein gutes Angebot: 20 Zahnbürsten für Fr. 1.66. Auch dies reicht sicher länger als ein Jahr. Am Geld, mit dem zum Teil argumentiert wurde, kann es daher nicht liegen. Aber klar: Die Dentalhygiene (DH) kostet etwas.

Die Forderung nach einem besseren Zugang zu DH ist nachvollziehbar. Doch der gewählte Weg über das städtische Pilotprojekt ist aus mehreren Gründen problematisch. Es geht dabei nicht nur um finanzielle Aspekte, sondern auch um die Frage der Gerechtigkeit, der Zuständigkeit, der Signalwirkung und der langfristigen Tragfähigkeit.

Die Stadt Luzern hat per se keine gesetzliche Aufgabe, zahnärztliche Leistungen für Menschen ausserhalb der Sozialhilfe zu finanzieren. Das Postulat schlägt aber genau das vor und öffnet damit die Tür für freiwillige Zusatzleistungen, die politisch und finanziell kaum abschätzbare Folgen haben. Sobald die Stadt Luzern anfängt, Einzelbereiche der Gesundheitsversorgung zu übernehmen, wächst logischerweise der Erwartungsdruck in anderen Bereichen. Heute sprechen wir von Zahnmedizin, morgen von anderen Bereichen – man kann sich vorstellen, welche unzähligen Möglichkeiten es gibt. Das sind keine hypothetischen Szenarien, sondern logische Konsequenzen eines Präzedenzfalls. Eine klare Abgrenzung ist darum notwendig, will man nicht die Büchse der Pandora öffnen.

Es stellt sich zudem die Frage nach der strukturellen Einbettung eines solchen Angebots. Die Risiken schlechter Zahngesundheit wie Entzündungen und chronische Schmerzen sind Teil eines umfassenden gesundheitlichen und sozialen Problemfelds. Die besonders gefährdeten Gruppen wie Menschen mit Suchtproblemen, psychischen Erkrankungen oder in chronischer Armut sind bereits vom bestehenden System der Sozialhilfe und über spezialisierte Programme erfasst. Diese Menschen fallen also sicher nicht durch die Maschen.

Die für den Sprechenden wichtigste Dimension ist die gesellschaftspolitische Dimension. Zahnarztkosten stellen auch für andere Menschen – vielleicht auch hier im Raum – eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Eine grössere Zahnbehandlung kann ein paar Tausend Franken kosten, was auch normalverdienende Familien dazu zwingt, zwischen Ferien und Zahnarzt zu entscheiden. Klar haben diese Menschen zumindest eine Wahl. Doch sie tun ja auch etwas dafür.

Es stellt sich dabei zu Recht die Frage, was alles noch fair ist. Das ist ein Ausdruck eines gesunden Gerechtigkeitsempfindens. Wenn staatliche Hilfe nicht mehr nachvollziehbar gesteuert wird, droht das Vertrauen des gesamten Unterstützungssystems zu erodieren.

Wenn wir über die Rolle der öffentlichen Hand im Bereich der Gesundheitsvorsorge sprechen, dürfen wir die föderale Ordnung nicht ausblenden. Die Zahnmedizin gehört bis heute explizit nicht zum Katalog der Leistungen der obligatorischen Krankenversicherungen. Diese Entscheidung wurde auf nationaler Ebene getroffen, mit guter Begründung: Die Zahngesundheit gilt als stark von der individuellen Lebensführung abhängig und wird nicht solidarisch finanziert.

Wenn nun einzelne Städte wie Luzern beginnen, genau diese Bereiche punktuell zu übernehmen, untergräbt dies langfristig die Systematik und die Kohärenz unseres Gesundheitssystems. Viel sinnvoller wäre es, wenn Fragen zur Zahnprävention auf Bundesebene diskutiert und einheitlich geregelt würden. Ein städtisches Pilotprojekt kann diese Fragen nicht beantworten, sondern erzeugt vielmehr falsche Erwartungen und politische Spannungen. Es suggeriert Handlungsfähigkeit dort, wo strukturelle Lösungen gefragt wären. Die Stadt Luzern soll keine Reparaturfunktion für ein System übernehmen, dessen Gestaltung nicht in ihrer Hand liegt.

Deshalb lehnt die Mitte-Fraktion das Postulat ab.

Anna-Lena Beck: Für die GLP-Fraktion ist das Anliegen des Postulanten und der Postulantinnen grundsätzlich berechtigt. Es gibt einen Schwellenwert bei tiefen Einkommen – der Moment, in dem eine Person nicht mehr berechtigt ist, Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen zu erhalten, und bei einer plötzlichen hohen Rechnung dennoch vor grossen finanziellen Schwierigkeiten steht. Als wäre der Zahnarztbesuch nicht schon genug schlimm, die anschliessende Rechnung danach kann ein wahres Horrorerlebnis werden. Die GLP-Fraktion sieht das Problem und unterstützt definitiv, dass vulnerablen Personen Unterstützung zusteht. Der Vorstoss weist aus umsetzungstechnischen Gründen jedoch verschiedene Kritikpunkte auf.

Das grösste Problem ist gemäss GLP-Fraktion die Adressierung der Unterstützung. Bei der Unterstützung von Personen, die Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen beziehen, kann eine solche besser vorgenommen werden. Hier ist es jedoch um einiges schwieriger. Wie soll man die Unterstützung adressieren? Über die Kulturlegi, wie vorgeschlagen? Studierende, die von Natur aus wenig Einkommen haben und in ihrer freien Zeit versuchen, allen Parkplätze wegzunehmen, können eine Kulturlegi beziehen. Sie sind auch berechtigt, Prämienvorbilligungen zu erhalten. Aber ob sie tatsächlich die hier geforderte Unterstützung bei der Zahnhygiene brauchen, ist fraglich. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass die Umsetzung eines solchen Projekts wahrscheinlich mit einigem bürokratischem Aufwand verbunden ist.

Weiter ist es der GLP-Fraktion ein Anliegen, dass der Grosse Stadtrat die Kontrolle über das Pilotprojekt behält und dieses nicht anschliessend in den Tiefen der Verwaltung verschwindet. Eine Kostenabschätzung ist bei einer letzten Weiterführung des Pilotprojekts aktuell kaum möglich. Das Projekt braucht die Möglichkeit, dass es durch das Parlament weiter und je nach Erfolg des Pilotprojekts noch einmal neu evaluiert werden kann. Es ist der GLP-Fraktion ein grosses Anliegen, dass die Sozialkommission nahe dranbleibt und das Projekt nicht einfach laufen lässt, sondern weiter mitdenkt – die Fraktion nimmt Claudio Soldati und Selina Frey diesbezüglich beim Wort.

An die SVP-Fraktion und an die Mitte-Fraktion will die Sprechende folgende Aussage adressieren: Eine ausgewogene Ernährung kostet ebenfalls Geld und Zeit in der Zubereitung. Es geht um mehr als darum, wie viel eine Zahnpasta kostet. Man kann auch Karies bekommen, wenn man sich dreimal pro Tag die Zähne putzt. Wenn es einem an beidem fehlt – Geld und Zeit –, fördert dies ebenfalls Übergewicht und auch Karies.

Zusammenfassend: Das Anliegen wird von der GLP-Fraktion durchaus als berechtigt betrachtet – zu den Fragen der Ausführung vertritt sie verschiedene Standpunkte, die in der Abstimmung auch so vertreten werden.

Sozial- und Sicherheitsdirektorin Melanie Setz: Der Zustand der Zähne ist und war fast zu allen Zeiten nicht nur Ausdruck von Gesundheit, sondern auch Abbild der Gesellschaftsschicht. Die Sprechende verzichtet darauf, auch die medizinischen Gründe für eine gute Zahngesundheit aufzuführen. GRÜNE/JG-Sprecherin Selina Frey hat bereits das Beispiel gebracht mit dem FC Barcelona. Nicht nur früher, sondern auch heute unterscheidet sich die Zahngesundheit oft zwischen verschiedenen Einkommensschichten. Da sie nicht über die Krankenversicherung abgedeckt ist, laufen Menschen mit geringerem Einkommen oft Gefahr, zulasten ihrer Mundgesundheit zu sparen. Diesbezüglich gibt es einen Graben zwischen Menschen mit Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen und Menschen, die mit ihrem Einkommen knapp darüber liegen. Deren zahnmedizinische Behandlungen und die Prävention sind nicht abgegolten.

Unabhängig davon sind die Zahnhygiene und Zahnbehandlungen auch für diese Menschen ein wichtiger Bestandteil ihrer Gesundheitsversorgung. Gerade die Prävention, hier die Dentalhygiene, hilft, die Zahngesundheit zu verbessern und insbesondere teuren Zahnbehandlungen vorzubeugen. Mit den dazugehörigen selbstverständlichen Instruktionen einer Dentalhygiene hilft sie eben auch, die Eigenverantwortung der Menschen zu stärken. Es spielt eine Rolle, wie die Zähne geputzt werden. Nicht nur die körperliche Gesundheit kann durch schlechte Zähne leiden, sondern auch die seelische. Menschen mit schlechten Zähnen oder fehlenden Prothesen schämen sich und ziehen sich zunehmend zurück. Sie nehmen nicht mehr am sozialen Leben teil. Im Zusammenhang mit der Detailhygiene ist es aber auch wichtig, den betroffenen Menschen aufzuzeigen, wie sie nicht nur mit Hygiene, sondern auch mit der Ernährung einiges für ihre Zahngesundheit tun können.

Auch die Schweizerische Zahnärztesgesellschaft, die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe und die Vereinigung der Kantonszahnärztinnen und -ärzte haben die Problematik erkannt, dass zahlreiche Menschen in der Schweiz aus finanziellen Gründen auf zahnmedizinische Untersuchungen oder Behandlungen verzichten. Sie empfehlen deshalb den niederschweligen Zugang armutsgefährdeter Menschen zu zahnmedizinischen Behandlungen und Informationen, damit sie besser über die verfügbaren Unterstützungsangebote und ihre Rechte Bescheid wissen.

Der Stadtrat beurteilt diese Empfehlungen anders als die SVP-Fraktion und möchte diese Anliegen mit dem vorliegenden Postulat genauer prüfen, da Prävention auch eine Gemeindeaufgabe ist. Aus diesen Gründen ist der Stadtrat bereit, das vorliegende Postulat entgegenzunehmen, um zu prüfen, wie die Stadt Luzern mit einer klar definierten Zielgruppe den Zugang zu Dentalhygiene erleichtern und ermöglichen kann.

Um den Leistungsbezug zielgerichtet, mit Kriterien und definierten Voraussetzungen zu ermöglichen, ist geplant, mit den bereits etablierten Organisationen zusammenzuarbeiten. Sehr gerne und selbstverständlich wird der Verlauf des Projekts der Kommission zur Kenntnis gebracht.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat mit 24 : 23 : 0 Stimmen.

**8 Postulat 15, Daniel Gähwiler und Regula Müller namens der SP/JUSO-Fraktion vom 14. November 2024:
Cargo-Bikes & Co.: Mit der Verkehrsentwicklung Schritt halten**

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung

Ratspräsident Simon Roth fragt, ob es aus dem Parlament einen anders lautenden Antrag gibt.

Patrick Zibung stellt namens der SVP-Fraktion einen **Ablehnungsantrag**.

Der Stadtrat schreibt zwar, dass er das Postulat abschreibt, weil es ohnehin umgesetzt wird. Für die SVP-Fraktion ist aber trotzdem wichtig, klarzumachen, dass sie das Vorgehen und die Bestrebungen nicht unterstützt. Sie sieht einmal mehr ein Feigenblatt für weitere Abbauten von «öffentlichen Oberflächenparkplätzen» – der Sprechende hofft, die Bezeichnung so gewählt zu haben, dass sie den von Benji Gross früher in der Sitzung genannten Kriterien entspricht – sowie für weitere Spersperrungen und Kapazitätsabbauten.

Aus Sicht der Fraktion braucht es das nicht. Auch eine gewerbliche Nutzung von Cargo-Bikes ist eine reine Nischenerscheinung und funktioniert offenbar nicht. Der ehemalige SVP-Grossstadtrat Thomas Gfeller würde als gewerblicher Nutzer zwar sagen, es funktioniere gut. Aber allzu oft sieht man gewerbliche Nutzungen nicht.

Es geht zwar nicht nur um Parkplätze, doch dass es die Parkfelder für Cargo-Bikes nicht braucht, sieht man an zwei guten Beispielen: Einerseits an der Winkelriedstrasse, wo der Sprechende sich regelmässig die Situation anschaut und sich jedes Mal aufregt. Dies vor allem deshalb, weil die Lastenveloparkplätze noch kein einziges Mal besetzt waren, als er vor Ort war.

Es ist auch so, dass Velos grundsätzlich überall abgestellt werden dürfen. Man muss sein Velo nicht explizit genau auf diesen Flächen hinstellen. Solange es niemanden stört, kann man das an jeder Hausecke oder an jedem Hausrand machen. Es ist wie beim Auto: Wenn man ein zu grosses Velo hat, bringt dies gewisse Probleme mit sich, mit denen man sich abfinden muss.

Die SVP-Fraktion würde auch nicht grössere Parkfelder fordern, was wiederum einen Parkplatzabbau zur Folge hätte. Man muss sich mit den örtlichen Gegebenheiten beschäftigen und schauen, wo man sein Velo mit Anhänger oder mit sonstigen Verbreiterungen abstellen kann. Velos mit Anhänger gab es auch schon zu Kindheitszeiten des Sprechenden. Es war schon damals kein Problem.

Wenn man Parkplätze aufhebt, die in der Regel 2 m breit sind, hat man immer noch ein Problem, denn es ist zu lesen, dass ein Velo mit Veloanhänger 3,20 m lang sei.

Es geht wie zu Beginn des Votums erwähnt nicht nur um Parkplätze, sondern auch um weitere Massnahmen. Das Bedürfnis nach Linksabbiegen anerkennt die SVP-Fraktion sowie auch die sogenannten Velosäcke. Das findet sie in Ordnung, auch wenn der Sprechende persönlich den Nutzen nicht ganz sieht. Betreffend Spurbreite hat die Stadt Luzern direktdemokratisch legitimierte Vorgaben erhalten, die aber – bei einer Breite von 1,80 bis 2,50 m – vielfach aufgrund der räumlichen Gegebenheiten nicht umsetzbar sind. Diese Punkte würde die SVP-Fraktion durchaus unterstützen, doch der Parkplatzabbau ist letztlich ausschlaggebend für ihre Ablehnung des Postulats.

Daniel Gähwiler: SVP-Vorredner Patrick Zibung hat Erfahrung mit zu grossen Autos, der Sprechende hat Erfahrung mit dem Velo. Sein ganz normales Velo hat zusammen mit dem Kinderanhänger eine Länge von 3,10 m und eine Breite von 85 cm. Es ist erstaunlich zu sehen, wie viele Quadratmeter Luzerns asphaltiert sind, man aber mit einem Veloanhänger immer wieder einfach keinen Platz findet. Linksabbieger gehen sowieso fast nie, die Fahrt über Bahnhofplatz und Schwanenplatz ist bereits ohne Anhänger nur etwas für ganz Abgebrühte, und vor der Migros hat der Sprechende die Wahl, entweder sein Vorderrad vorne über den Veloparkplatz hinaus aufs Trottoir kommen zu lassen, unter den verständlicherweise bösen Blicken der Fussgängerinnen, oder den Anhänger hinten auf die Strasse kommen zu lassen, inklusive Kollisionsrisiko für die Kinder darin.

Vor der Migros ist es noch problemlos. Andernorts wird es richtig gefährlich. Wenn er mit dem Velo, notabene auf einer Velohauptroute, von der Neustadtstrasse in die Winkelriedstrasse fährt, muss er viermal anhalten. Dreimal davon hat das Velo keinen Platz. Er steht dann auf der Bundesstrasse zwischen zwei Spuren und überlegt, ob er den vorderen Teil des Velos auf die Fahrbahn kommen lassen soll oder den hinteren Teil. Natürlich entscheidet er sich für den vorderen Teil, denn hinten sind die Kinder drin. Somit stehen hinten oder vorne 30 bis 50 cm auf die Strasse raus. Kein Wunder, ist dies ein Unfallschwerpunkt, denn dasselbe gilt beim Einspuren auf der Gegenseite, wo in der Breite der Platz fehlt, dass ein Auto einen überholen kann.

Der Sprechende ist froh, anerkennt der Stadtrat das Anliegen des Postulats. Das ist auch notwendig. Erstens sind Cargo-Bikes – aber auch Velos mit Kinderanhängern, die in der Stellungnahme des Stadtrates etwas knapp wegkommen – immer verbreiteter. Die Mehrheit der Haushalte in der Stadt Luzern hat kein Auto, aber vor allem Familien immer häufiger ein Spezialvelo oder einen Kinderanhänger. Weiter weiss man aus der Forschung, dass für einen grossen Teil der Menschen eine Verbindung auf der gesamten Strecke sicher sein muss, damit sie befahren wird. Die Verlagerungsziele der Mobilitätsstrategie werden nicht erreicht, wenn noch so gut ausgebaute Teilstrecken wie das Freigleis, die Neustadtstrasse oder neu vielleicht auch die Winkelriedstrasse unterbrochen werden von absolut untragbaren Orten wie dem Bundesplatz oder dem Schwanenplatz oder am Ende der Reise der Parkplatz fehlt.

Gerade bei Parkplätzen ist noch viel Potenzial vorhanden. Mit der Überpinselung von ehemaligen Autoparkplätzen wie an der Winkelriedstrasse ist es nicht getan. Was vielleicht nicht alle gemerkt haben: Es handelt sich um einen Test. Man versucht herauszufinden, was funktioniert und was nicht. Autoparkplätze eignen sich aufgrund der Geometrie schlecht als Abstellflächen für Cargo-Bikes. Ein Autoparkplatz ist normalerweise 5 m lang und 2,40 m breit. Gemäss Handbuch Veloparkierung des Bundesamtes für Strassen hat ein Cargo-Bike einen Platzbedarf von 3 auf 1,20 m bei Senkrechtparkierung oder 2,05 auf 1,70 m bei Schrägparkierung. Ein Autoparkplatz reicht in jedem Fall also nur für maximal zwei Cargo-Bikes, während auf einem Autoparkplatz locker acht bis zehn normale Velos parkiert werden können. Parkflächen für Cargo-Bikes müssen also früh in die Planung miteinbezogen werden und brauchen wohl weitere Strassen- oder Freiraumflächen. So viel zu Zahlen und Geometrie.

Der Sprechende ist einverstanden mit der gleichzeitigen Abschreibung des Postulats und bedankt sich für die Überweisung. Er freut sich, in kommenden Projekten genügend Platz für Cargo-Bikes und Veloanhänger zu finden bzw. den Stadtrat von Zeit zu Zeit an das Postulat zu erinnern.

Chantal Brauchlis Votum ist nicht ganz so präzise auf jeden Veloparkplatz und seine Grösse ausgerichtet wie das ihres Vorredners, doch sie will es trotzdem versuchen.

Spezialvelos haben in den letzten Jahren klar an Bedeutung gewonnen, auch in der Stadt Luzern – sei es bei Familien, Gewerbetreibenden oder Kurierdiensten. Es ist deshalb wichtig, dass diese Entwicklung bei der Planung der städtischen Verkehrsinfrastruktur mitgedacht wird.

Die Stellungnahme des Stadtrates überzeugt die FDP-Fraktion, denn der Stadtrat handelt bereits. Im Rahmen der Mobilitätsstrategie wird die Veloinfrastruktur gezielt ausgebaut. Im Fokus sind mehr Veloabstellplätze, breitere Fahrspuren und bessere Aufstellflächen. Das geschieht ohne zusätzliche Stellenprocente oder mehr Budget – sondern pragmatisch, effizient und innerhalb der bestehenden Strukturen. Genau so stellt sich die FDP-Fraktion gute Verkehrspolitik vor.

Ein Blick auf andere Städte zeigt: Luzern bewegt sich im Vergleich gut – die Stadt ist weder übereifrig noch passiv. Mit der Anpassung der Signalisation auf Bundesebene per Juli 2025 ergeben sich zudem neue Möglichkeiten. Die FDP-Fraktion begrüsst, dass der Stadtrat diese Spielräume nutzen will, ohne über das Ziel hinauszuschiessen oder einseitige Sonderlösungen zu schaffen.

Für die FDP-Fraktion ist klar: Das Postulat bringt ein aktuelles Anliegen aufs Tapet – der Stadtrat hat es aufgenommen und setzt es bereits um. Es braucht deshalb kein weiteres Signal, sondern Vertrauen in den eingeschlagenen Weg. Die Fraktion unterstützt die Entgegennahme und ebenso die Abschreibung des Postulats – denn das Anliegen ist erfüllt: sachlich, wirksam und ohne Kosten.

Daniel Lütolf: Auch die GLP-Fraktion unterstützt die Entgegennahme und die gleichzeitige Abschreibung des Postulats.

Luzi Meyer: Die Mitte-Fraktion dankt den Verfassenden des Postulats für ihren Beitrag zur Förderung von Lastenvelos. Die vorgeschlagenen Massnahmen kann der Sprechende aus eigener Erfahrung als gut und notwendig bestätigen. Mit Gewicht oder zwei sich streitenden Kindern auf einem Lastenrad bei einer Ampel anzufahren, benötigt mehr Raum, um nicht in Konflikt mit weiteren Verkehrsteilnehmenden zu gelangen.

Die Verwendung von separaten Lichtsignalen für Velos und die Möglichkeit für Velos, an übersichtlichen Kreuzungen mit Velostreifen trotz Rotlicht abbiegen zu dürfen, sind hilfreiche Massnahmen. Gerade das vorgängige Losfahren der Velos ist auch für den motorisierten Verkehr von Vorteil: Die Grünphase wird nicht durch langsamer anführende Velos reduziert.

Es geht um Massnahmen, die niemandem etwas wegnehmen, aber allen mehr Sicherheit bieten. Da diese Massnahmen aber hinlänglich bekannt und in Umsetzung sind, geht die Mitte-Fraktion mit dem Stadtrat einig und will das Postulat überwiesen und zugleich abgeschrieben wissen.

Christov Rolla: Die GRÜNE/JG-Fraktion schliesst sich den Vorrednern und Vorrednerinnen an, ausser Patrick Zibung von der SVP-Fraktion. Die GRÜNE/JG-Fraktion ist klar für die Überweisung und Entgegennahme des Postulats.

Der Sprechende ist etwas verduzt über den Ablehnungsantrag. Aus der Perspektive der SVP-Fraktion macht er zwar Sinn, doch rein inhaltlich müsste sie dann zurück zur Mobilitätsstrategie gehen, weil der

Stadtrat ja vieles schon macht und dadurch die Abschreibung beantragt. Die SVP-Fraktion gibt durch die Ablehnung der Motion dem Stadtrat nicht den Auftrag, das nicht mehr zu tun. Deshalb kann der Sprechende den Ablehnungsantrag formell nicht ganz nachvollziehen. Das Wichtigste wurde gesagt. Die GRÜNE/JG-Fraktion ist auch für die Überweisung und Abschreibung des Postulats.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 15.

Ratspräsident Simon Roth fragt nach, ob jemand aus dem Grossen Stadtrat gegen die Abschreibung ist. Das ist nicht der Fall. **Damit ist das Postulat 15 abgeschrieben.**

9 Postulat 22, Yannick Gauch und Adrian Albisser namens der SP/JUSO-Fraktion, Daniel Lütolf namens der GLP-Fraktion sowie Judit Aregger vom 28. November 2024: Für einen attraktiven und sicheren Luzerner Wochen- und Monatsmarkt

Antrag des Stadtrates: Teilweise Entgegennahme

Yannick Gauch ist mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden.

Ratspräsident Simon Roth fragt, ob es aus dem Parlament einen anders lautenden Antrag gibt.

Kurt Stadelmann stellt namens der SVP-Fraktion einen **Ablehnungsantrag.**

Ratspräsident Simon Roth: Damit ist die Diskussion gegeben.

Yannick Gauch: Die SP/JUSO-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass sich der Stadtrat des bestehenden Konfliktpotenzials an der Bahnhofstrasse bewusst ist. Die Bahnhofstrasse wird sehr stark genutzt: Mehrmals pro Woche findet der Markt statt, aber auch Veranstaltungen wie die Fasnacht, der Stadtlauf oder das Luzerner Fest nehmen regelmässig die knappe Fläche zwischen Theater und Reuss in Anspruch.

Gleichzeitig wäre die Strasse aber in erster Linie eine nationale Veloroute und in dieser Funktion eine wichtige Verbindung zwischen dem Bahnhof und Luzern Nord.

Der SP/JUSO-Fraktion ist es wichtig, dass Velorouten grundsätzlich durchgehend und hindernisfrei befahrbar sind. Genau so, wie es auch von Autostrassen selbstverständlich gefordert wird. Das ist heute – mindestens an zwei Vormittagen pro Woche – an der Bahnhofstrasse nicht möglich. Im Gegenteil: Es kommt immer wieder zu Konflikten und teils gar gefährlichen Situationen. Das ist unbefriedigend: Für die Velofahrenden und für die Marktbesuchenden.

Die Stadt scheint sich der Situation bewusst zu sein. So sieht die Planung der neuen Bahnhofstrasse eine Trennung der Markt- und der Verkehrsflächen vor, was grundsätzlich zu begrüßen ist. Die SP/JUSO-Fraktion ist aber noch nicht davon überzeugt, ob dies tatsächlich gelingen wird. So sind auf den Visualisierungen der neuen Bahnhofstrasse gerade einmal knapp zehn Marktbesuchende abgebildet, was der Sprechende so zum Glück noch nie beobachtet hat. Im Gegenteil: Der Markt erfreut sich – berechtigterweise – bei den Luzernerinnen und Luzernern sowie bei den Gästen einer sehr hohen Beliebtheit.

Die SP/JUSO-Fraktion befürchtet, dass sich die anhaltenden Nutzungskonflikte durch die baulichen Massnahmen nicht vollständig auflösen werden. Deshalb ist sie der Meinung, dass eine Ausweitung in die Altstadt ernsthaft zu prüfen wäre. Eine Markterweiterung am rechten Reussufer könnte die Altstadt aufwerten und die heutige Situation entschärfen. Eine klassische Win-Win-Situation also.

In einem ersten Schritt ist die SP/JUSO-Fraktion aber damit einverstanden, dass Erfahrungen mit der neuen Strassenaufteilung gesammelt werden. Sollte sich die Situation nicht deutlich verbessern, muss jedoch auch über eine neue Ausrichtung nachgedacht werden dürfen.

Dabei ist für die SP/JUSO-Fraktion klar, dass der Wochenmarkt weiterhin in direkter Bahnhofsnähe stattfinden soll und eine Neuausrichtung unter Einbezug der Marktbetreibenden ausgearbeitet wird. In diesem Sinne unterstützt die SP/JUSO-Fraktion die teilweise Überweisung.

Kurt Stadelmann: Der Luzerner Wochenmarkt gilt als einer der schönsten der Welt. Es gibt ihn schon über 750 Jahre. Es wurden bereits mehrere Bücher zum Markt geschrieben. Er war damals Umschlagplatz für Waren zwischen Nord und Süd, auf der Seite der Jesuitenkirche. Auf der rechten Reussseite beim Kornmarkt brachten Getreidebauern ihr Getreide für den Export reussab- und reussaufwärts. Der Markt war für die Stadtluzerner Bevölkerung die einzige Möglichkeit, sich mit frischen Lebensmitteln einzudecken. Ab dem 16. Jahrhundert profitierte auch die Hotellerie vom Markt. Am 3. Mai 2025 hatte der Sprechende die Gelegenheit und die Ehre, eine Führung mit der IG Luzerner Wochenmarkt zu erleben. Dabei äusserten einige Standbetreiber das Gefühl, sie seien nur noch geduldet. Seit dem Wegfall der Parkplätze an der Bahnhofstrasse verzeichnen viele massive Umsatzeinbrüche und bangen um ihre Existenz. Als der Markt am rechten Reussufer aus baulichen Gründen verlegt wurde, hatten viele Marktfahrer Existenzprobleme. Ein ehemaliges Vorstandsmitglied sagte dem Sprechenden, bei Fragen an die Stadtverantwortlichen für den Markt sei die Antwort stets gewesen, dass man aus Datenschutzgründen keine Auskunft geben könne. Bei der visualisierten Ansicht des künftigen Marktes in der Stellungnahme zum Postulat 22 ist das gelbe Zelt des IG-Präsidenten nur noch halb so gross wie das Original. Bei der Neugestaltung des Helvetiaplatzes durfte die IG mitwirken und mitbestimmen, wo die Sitzbänke und die Bäume hinkommen sollen. Als der Park fertig war, stand kein Baum und keine Bank da, wo es eigentlich abgemacht gewesen wäre. Mit der Folge, dass die Standbetreiber ihre Fahrzeuge und Zelte nur noch schwerlich und mit grossem Aufwand hinstellen können. Sie scheinen unerwünscht zu sein. Zum Thema Veloverkehr: Auf beiden Seiten des Marktes gibt es grosse Tafeln mit der Aufschrift «Bitte Fahrrad schieben». Die einzigen, die sich daran halten, sind jene Personen, die am Markt einkaufen gehen. Alle anderen halten den Kopf tief und fahren durch, Fussgänger hin oder her. Die Marktfahrer wollen keinen anderen Standort als den heutigen. Denn er ist genau auf der wichtigsten Achse der Fussgänger, die dort einkaufen. An der Misere ist nicht die Politik schuld, sondern der Machtmissbrauch in der Verwaltung. Zurück zum Helvetiaplatz: Die Bäume dort sind grosszügig eingehagt. Den Wunsch nach einer kleineren Einhagung lehnte der herbeigerufene Baumverantwortliche der Stadt Luzern ab. Der Baum brauche eben genau diesen Platz der zusätzlichen 10 cm. Fazit: Die Marktfahrer wollen keinen anderen Standort, weshalb die SVP-Fraktion einen Ablehnungsantrag stellt.

Daniel Lütolf: Der Luzerner Wochenmarkt ist ein wichtiger Begegnungsort und gehört zur lebendigen Innenstadt. Die GLP-Fraktion begrüsst, dass der Stadtrat die Anliegen des Postulats ernst nimmt. Die geplante Neugestaltung der Bahnhofstrasse mit klarer Trennung der Verkehrsflächen ist ein Schritt in die richtige Richtung. Sie bringt nicht nur mehr Sicherheit für Marktbesucherinnen und -besucher, sondern auch mehr Aufenthaltsqualität. Die GLP-Fraktion begrüsst, dass der Stadtrat den Markt in die Planungen einbezieht und auch Alternativen – wie den Theaterplatz – prüft. Dass die Umsetzung ab 2026 als Lernphase genutzt wird, ist sinnvoll. Die GLP-Fraktion unterstützt daher die teilweise Entgegennahme des Postulats. Wichtig ist: Markt und Stadtentwicklung gehören zusammen – und Luzern soll ein Ort bleiben, wo beides blühen kann.

Rieska Dommann: Die Postulantin und die Postulanten tun so, als würde ihnen der Luzerner Wochen- und der Monatsmarkt am Herzen liegen. Tatsächlich aber stören sie sich daran, dass die Velofahrenden zweimal pro Woche angehalten werden, abzusteigen und ihr Fahrrad zu schieben. Also muss der Luzerner Wochenmarkt verschwinden, um diesen unhaltbaren Zustand zu beseitigen. Das will die FDP-Fraktion dezidiert nicht und lehnt deshalb das Postulat ab. Sie will, dass der Markt bleibt, wo er ist. Der Stadtrat zeigt in seiner Stellungnahme gut auf, dass es nicht nötig ist, einen neuen Standort zu suchen, weil die neugestaltete Bahnhofstrasse ein konfliktfreies Nebeneinander von Markt und Veloroute ermöglicht.

Mirjam Fries: Für viele Luzernerinnen und Luzerner gehört der Besuch des Marktes zum Wochenprogramm. Der Wochenmarkt hat eine lange Tradition seit dem Mittelalter und ist ein beliebter und attraktiver Treffpunkt. Für einen grossen Teil der Bevölkerung gehört er an den jetzigen Standort, an die Reuss. Es gibt aber tatsächlich Probleme mit der Sicherheit sowie Nutzungskonflikte, was die Mitte-Fraktion ernst nimmt. Einerseits will man auf der Bahnhofstrasse flanieren, andererseits ist sie ein Teil der nationalen Veloroute.

Der Stadtrat zeigt in seiner Stellungnahme auf, dass mit der laufenden Neugestaltung konkrete Lösungen absehbar sind – mit klaren Verbesserungen für Marktbetreibende, Besuchende und den Verkehrsfluss. Vor allem die geplante Trennung der Verkehrsflächen wird eine Verbesserung gegenüber dem heutigen Mischverkehr in der Begegnungszone bringen. Es macht Sinn, diese Entwicklung zu prüfen und nicht vorschnell den Wochenmarkt zu verschieben. Die Mitte-Fraktion ist überzeugt vom Verbesserungspotenzial.

Sollte sich die neue Situation nicht bewähren, kann man immer noch weiterschauen. Ganz wichtig ist, dass der Markt in der Stadt Luzern bleibt. Eine leichte Verschiebung wäre allenfalls möglich, doch die zentrale Lage ist wichtig für die Bevölkerung und die Touristen.

Die Mitte-Fraktion unterstützt die teilweise Überweisung des Postulats, ist aber der Ansicht, dass alles für den Verbleib des Marktes am aktuellen Standort getan werden muss.

Judit Aregger: Auch die GRÜNE/JG-Fraktion ist für die teilweise Überweisung des Postulats. Es ist selbstverständlich wichtig, dass man Traditionen bewahrt. Traditionen sind für alle Menschen etwas Wichtiges, an denen man sich festhalten kann. Doch manchmal macht es Sinn, mit Traditionen zu brechen. Unsere Gesellschaft entwickelt sich weiter, der Verkehr entwickelt sich, die Menschen entwickeln sich – es gibt immer mehr von ihnen –, die Mobilität entwickelt sich.

Es ist nun mal so, dass an besagtem Standort eine nationale Veloroute durchgeht. Viele Menschen fahren mit dem Velo zum Bahnhof bzw. zur Arbeit. Die Sprechende weiss aus eigener Erfahrung, dass sie nicht zehn Minuten Zeit hat, ihr Velo zu stossen, wenn sie zur Arbeit fährt, sondern so schnell wie möglich von A nach B will.

Die Sprechende versteht alle, die keine Lust haben, das Velo zu stossen. Viele müssen diesen Weg nehmen, weil es keine Ausweichroute gibt. Es ist stossend, dass man zweimal pro Woche das Velo stossen muss.

Die Sprechende findet den Vorschlag des Stadtrates, die Neugestaltung der Bahnhofstrasse abzuwarten, sehr gut und sinnvoll. Selbstverständlich hofft sie, dass es gut herauskommt. Es ist ein guter Plan und eine gute Sache. Doch wenn es nicht funktioniert, muss man es noch einmal prüfen.

Diel Schmid Meyer kann nicht stehen lassen, was ihre Vorrednerin sagte. Die Marktfahrenden machen ihren Job nicht, weil sie es besonders lustig finden, etwas dazu beizutragen, damit Luzern am Dienstag- und am Samstagmorgen wunderschön aussieht. Sie sind darauf angewiesen, dass sie dort ihre Produkte verkaufen können. Das ist ihre Arbeit.

Von wegen «ich möchte das Velo nicht stossen, weil ich zur Arbeit gehen muss» – das findet die Sprechende arrogant und herablassend. Zumindest als Marktfahrerin würde sie so empfinden. Es geht nicht einfach darum, ein bisschen mit Traditionen zu brechen, die halt ein bisschen gewachsen sind. Es geht darum, dass der Markt an einem Ort stattfindet, wo Laufkundschaft ist und wo die Menschen gerne hingehen. Man kann ihn nicht an irgendeinen Platz verschieben.

Es gilt alle Interessen zu berücksichtigen und nicht die eine Arbeit gegen die andere auszuspielen.

Yolanda Ammann: Einen traditionellen Markt kann man verschieben. Man kann weggehen von der Tradition und etwas Neues machen. Doch: Muss man etwas, das so bewährt und beliebt ist, verschieben? Vielleicht sollte man sich besser überlegen, ob es sinnvoll ist, die nationale Veloroute dort durchzuführen, zumal die Bahnhofstrasse nun eine Begegnungszone ist.

Es gibt immer wieder Konflikte, nicht nur während der Markttag. Sie beginnen beim Mühlenplatz, gehen über die Reussbrücke, an der Jesuitenkirche vorbei – es gibt überall Konflikte. Vielleicht müsste man den Mut haben, sich zu überlegen, ob man die Veloroute an einem anderen Ort durchführen könnte.

Yannick Gauch hat erwartet, dass es eine angeregte Diskussion gibt, zumal jede und jeder eine Haltung oder eine Meinung dazu haben kann. Er würde das Ganze aber ein wenig entspannter sehen. Es geht in keiner Art und Weise darum etwas zu zerstören. In einem der Voten war zu hören, dass es den Markt bereits über 700 Jahre gibt. Das Velo gibt es doch auch schon seit über 200 Jahren. Die Tradition wäre eigentlich auf dem rechten Reussufer und nicht auf dem linken – wenn man schon von dieser Riesen-tradition spricht.

Der Sprechende plädiert dafür, die Angelegenheit zu reflektieren. Die Menschen entwickeln sich weiter. Es ist schön, dass der Markt so beliebt ist. Man merkt aber auch: Auch die Standbetreibenden ärgern sich über die aktuelle Situation. Man kommt sich gegenseitig in den Weg. Der Sprechende versteht nicht, weshalb man nicht offen ist, sich zu überlegen, wie Alternativen aussehen könnten. Es geht nicht darum, den Markt auf die Allmend zu verschieben. Weshalb sollte sich der Markt nicht etwas mehr Richtung Altstadt konzentrieren können? Dies hätte womöglich eine Attraktivierung der Luzerner Altstadt zur Folge. Es gibt das Potenzial, zusammen mit den Marktbetreibenden nach einer Lösung zu suchen, welche die nationale Veloroute freigibt, sodass diese durchgehend befahren werden kann.

Die rechte Ratsseite ist leider noch nicht so weit, das Velo als Verkehrsteilnehmer wie das Auto zu sehen. Es käme keinem Menschen in den Sinn, während zwei Vormittagen pro Woche einen Markt auf die Autobahn oder eine Kantonsstrasse zu stellen, was ebenfalls nationale Verkehrsrouten sind. Man sollte sich deshalb überlegen, welche Lösung zielführend ist und beiden Seiten hilft. Man muss sich doch auch einmal ein wenig bewegen können.

Mark Buchecker: Es gibt eine Binsenwahrheit, die heisst induzierte Nachfrage. Das heisst, wenn man ein attraktives Angebot schafft, wird es genutzt. Ein klassisches Beispiel ist: Wenn man Strassen baut, gibt es Autoverkehr. Wenn man Velowege und -routen baut, gibt es Veloverkehr. Der Schlüssel für die Verkehrswende in den Städten ist eine gute Veloinfrastruktur. Das fängt nun mal mit lapidaren Dingen an. Der Grosse Stadtrat diskutiert dauernd über Parkplätze. Der Sprechende ist erfreut, dass heute in verschiedenen Vorstössen über Velos diskutiert wird. Hier liegt der «Hase im Pfeffer». Es geht darum, dass wir gute Infrastruktur bauen, damit das Prinzip «8 bis 80» umgesetzt werden kann. Das bedeutet, dass sich 8- sowie 80-Jährige sicher fühlen auf der Strasse.

Es gibt in der Stadt Luzern Normen, die vorgeben, dass ein Veloweg mindestens 1,80 m breit sein sollte. Der Sprechende bittet seine Kollegen von der SVP-Fraktion, mit einem Velo den Mittelstreifen der Seebrücke zu befahren, idealerweise mit einem Veloanhänger oder mit einem Cargo-Bike. Wenn die Stadt Luzern ernst machen will mit ihren Klimazielen und dem Erreichen derselben, dann muss sie die entsprechende Infrastruktur bauen. Der Sprechende unterstützt es voll und ganz, auf diese Karte zu setzen. Das Velo ist mit Abstand das effizienteste Klimaschutzgerät. Es ist in der Stadt der effizienteste und schnellste Weg, von A nach B zu kommen. Das zeigen verschiedene Untersuchungen, insbesondere in Velostädten wie Kopenhagen und Amsterdam. Dass es in Luzern so wunderbar sei mit dem Modalsplit, das stimmt schlicht nicht. Im Städtevergleich Mobilität von 2021 schneidet Luzern, gerade nach St. Gallen, am zweitschlechtesten ab mit 9 Prozent Veloanteil. Die anderen Städte in diesem Vergleich sind Basel, Bern, Winterthur und Zürich. Das muss auch einmal gesagt werden.

Es muss daher in sinnvolle und gute Veloinfrastruktur investiert werden, seien dies Velorouten, seien dies Abstellplätze oder sei dies von der Streckenführung her. Danach werden wir die Verkehrswende erreichen.

Der Sprechende weiss aus der Praxis: Jeder, der aufs Velo umgestiegen ist, fragt sich, weshalb er dies nicht schon vor fünf Jahren getan habe.

Kurt Stadelmann stellt fest, dass das Parlament vom Thema abschweift und nun über Velowege spricht anstatt über den Markt. Bei der Autobahnabstimmung war ein Gegenargument: Je mehr Autobahnen es gibt, desto mehr Autos es gibt. Er fordert das Parlament auf, dies umgekehrt auch für das Velo zu anerkennen: Je mehr Velowege es gibt, desto mehr Velofahrer gibt es.

Wenn der Sprechende mit dem Velo über die Seebrücke fährt, fühlt er sich wesentlich sicherer, als wenn er als Fussgänger auf dem Xylofonweg oder an der Bahnhofstrasse unterwegs ist.

Zum Thema Autobahn durch den Markt. Es ist so: Es wurde noch nie ein Markt auf einer Autobahn gebaut. Man baut aber auch keine Autobahn durch den Markt. Beim Veloweg macht man das, was für den Sprechenden unverständlich ist.

Marco Müller findet es schade, dass man den Wert des Marktes und die Anliegen der Veloförderung gegeneinander ausspielt. Der vorliegende Vorstoss, den der Sprechende bewusst nicht unterzeichnet hat, versucht die zwei Themen längerfristig zu beleuchten.

Weiter war der Sprechende ebenfalls an der Führung der IG Luzerner Wochenmarkt. Die Marktsituation ist sich derzeit grundlegend am Verändern. Die Teilnehmenden der Führung haben erfahren, dass es immer schwieriger wird, Marktbetreiber zu finden, die Gemüse und Früchte auf dem Markt verkaufen. Dies ist gemäss Verständnis einer nachhaltigen Stadt Luzern sehr wichtig. Während man vor einiger Zeit noch öffentliche Ausschreibungen machen musste, haben inzwischen diverse Marktbetreiber ihre Stände aufgegeben, weil der Aufwand zu gross ist oder Familienbetriebe eingingen. Die Stadt Luzern ist gut beraten, Sorge zu den Verbleibenden zu tragen.

Oliveöl und Tapenaden wollen Hunderte von Menschen verkaufen. Doch das Kernanliegen des Marktes ist die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln. Es war zu hören, dass die Marktstände sehr stark von denjenigen Personen leben, die zufälligerweise über den Markt laufen. Jede Veränderung des Standortes, verbunden mit der Anlieferung, ist eine Herausforderung für die Betreibenden.

Es ist wie gesagt gut, wenn die Stadt Luzern Sorge trägt zu den Marktfahrern und gut auf deren Bedürfnisse eingeht. Grundsätzlich fühlen sie sich von der zuständigen Person der Stadt für die Wochenmärkte gut gehört. Sie wünschen sich aber einen stärkeren Einbezug.

Zum Thema, dass die Veloroute über den Marktplatz eine Herausforderung ist: Dies war schon beim Luzerner Theater zu sehen, und es wird uns noch länger beschäftigen. Die Herausforderung ist Bestandteil unserer Stadt, des Nutzungsdrucks und der fehlenden Varianten.

Der Sprechende fände es schön, den Markt und die Veloroute nicht zu stark gegeneinander auszuspielen, weil beide ihre – wichtige – Berechtigung haben.

Diel Schmid Meyer würde gerne ein Grundsatzvotum halten. Sie fand die Aussage von Vorredner Marco Müller sehr gut, dass die beiden Anliegen nicht gegeneinander ausgespielt werden sollen. Auch mit dem Vorschlag von Yannick Gauch, das Ganze etwas entspannter zu sehen, ist sie absolut einverstanden. Das bedeutet für sie aber auch, dass die verschiedenen Verkehrsteilnehmer nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern alle ein bisschen mehr Toleranz leben. Die Toleranz wird von den Autofahrern erwartet, die weniger Parkplätze in der Stadt haben. Sie müssen sich anders organisieren, müssen vielleicht in eine Tiefgarage gehen, anderswo parkieren oder auf den Zug umsteigen. Das ist alles möglich.

Toleranz erwartet man auch von den Fussgängern, die am Rotlicht ein bisschen länger warten müssen, weil die Autofahrer und die anderen Verkehrsteilnehmer ihre Zeit brauchen, um durchzufahren. Bei den Velofahrern und Velofahrerinnen scheint keine Toleranz gefordert zu sein. Die Sprechende erwartet auch von den Velofahrenden – sie zählt sich selbst dazu – Toleranz. Auch sie muss beim Rotlicht warten, auch sie muss irgendwo parkieren, weil nicht vor dem Gleis für jede Person ein Veloparkplatz zur Verfügung steht. Wenn noch viel mehr Menschen auf das Velo umsteigen, werden diese Themen diskutiert werden müssen. Man kann nicht sagen, dass das Velo das alleinige seligmachende Verkehrsmittel ist. Mit dem Velo ist man vielleicht irgendwann nicht mehr als Minderheit unterwegs und kann nicht allen voran, an allen vorbeifahren und überall zuvorderst parkieren.

Was ist denn so schlimm daran, dass man am Dienstagmorgen und am Samstagmorgen als Velofahrer ein bisschen Rücksicht nehmen muss? Das ist kein Problem. Man muss die Zeit einplanen, wenn man auf den Zug muss. Das muss der Autofahrer auch, das muss der Fussgänger auch. Wenn die Sprechende mit dem Auto unterwegs ist, muss sie ihre Zeit auch anders einteilen, als wenn sie mit dem Velo unterwegs ist.

Sie erwartet, dass es für keinen Verkehrsteilnehmer und für keine Verkehrsteilnehmerin einen Freipass gibt, nicht tolerant sein zu müssen.

Sie schliesst sich dem Votum von Marco Müller an und plädiert dafür, die Sache zu prüfen. Dazu braucht es Verständnis und Toleranz von allen Teilnehmenden.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Marco Baumann bedankt sich herzlich für die hitzige Diskussion und die vielen Wortmeldungen.

Grundsätzlich wurde erkannt, auch vom Stadtrat, dass es am Luzerner Wochenmarkt einen Nutzungskonflikt gibt. Eine Möglichkeit wäre die Umlegung der nationalen Veloroute. Dies liegt aber nicht in der

Kompetenz der Stadt Luzern. Der Stadtrat führt in seiner Stellungnahme aus, dass die berechtigten Anliegen des Postulats ohne Verlegung der Veloroute sowie ohne ein neues Konzept und ohne einen neuen Standort für den Wochenmarkt erreicht werden können.

Aktuell läuft das Projekt «Neugestaltung Bahnhofstrasse», an dem mit Hochdruck gearbeitet wird. Ziel der Neugestaltung ist unter anderem, die Verkehrsflächen vor Ort besser aufzuteilen und eine Übersichtlichkeit zu schaffen, damit die Verkehrssicherheit verbessert wird.

Mit dem Projekt schafft die Stadt Luzern die Grundlage für einen attraktiven und sicheren Luzerner Wochenmarkt, auch in Zukunft. Nach Abschluss der Bauarbeiten im Sommer 2026 wird sich zeigen, ob das Ziel erreicht werden konnte. Wie der Stadtrat in der Stellungnahme in Aussicht stellt, ist er andernfalls bereit, die Standortfrage aufzunehmen und mit den Betroffenen in einem partizipativen Verfahren zu schauen, welches allenfalls Alternativstandorte wären.

Der heutige Standort ist sehr attraktiv. Er wird von den Marktfahrenden wie auch von den Kundinnen und Kunden sehr geschätzt. Das will der Stadtrat beibehalten. Der Sprechende entgegnet dem SVP-Sprecher, der angab, dass der Wochenmarkt nur geduldet sei in der Stadt Luzern: Das stimmt nicht. Der Stadtrat will dem Wochenmarkt weiterhin genug Platz geben.

Auch den Vorwurf des Machtmissbrauchs in der Stadtverwaltung weist der Sprechende entschieden zurück. Es ist Aufgabe und tägliche Arbeit der Stadtverwaltung, die vielen verschiedenen Anliegen an den öffentlichen Raum aufeinander abzustimmen und Lösungen zu finden, die den Anliegen am besten gerecht werden.

Der Stadtrat ist bereit, das Thema weiter zu verfolgen. Er nimmt die Rückmeldungen auf und wird aktiv, falls sich zeigt, dass die Ziele nicht erreicht werden.

Aus diesen Gründen ist er froh, wenn die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der teilweisen Entgegennahme folgen und der Markt während der nächsten Jahre am gewohnten Standort erhalten werden kann.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 22 teilweise.

10 Postulat 33, Claudio Soldati und Regula Müller namens der SP/JUSO-Fraktion vom 26. Dezember 2024: Vom Helvetiaplatz zum Helvetiapark

Antrag des Stadtrates: Teilweise Entgegennahme

Claudio Soldati ist mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden.

Patrick Zibung: Auch zu diesem Postulat stellt die SVP-Fraktion einen **Ablehnungsantrag.**

Schon im Jahr 2021 gab es im Bereich des Helvetiaplatzes eine Sperrung: bei der Waldstätterstrasse. Schon damals warnte die SVP-Fraktion vor der Salamatik, die jetzt offenbar in die Tat umgesetzt werden soll. Sie ist aber – der Sprechende will zunächst vom Positiven sprechen – sehr positiv überrascht, dass die SP/JUSO-Fraktion einsieht, dass man die fünf betroffenen Parkplätze bei der Strassensperrung kompensieren sollte.

Auch die Linken realisieren offenbar langsam, dass es gewisse Parkplätze braucht. Hier ist nun ein Ausdruck dieses spürbaren Wandels. Der Stadtrat schreibt zwar in seiner Stellungnahme, dass er die im Postulat enthaltenen Forderungen ergebnisoffen prüfen will. Der Sprechende weiss nicht, wie ernst es die SP/JUSO-Fraktion wirklich meint, denn es war im Voraus anzunehmen, dass es eine ergebnisoffene Prüfung gibt. Nun gut, letztlich wird es wohl nicht passieren, wie der Sprechende annimmt. Dennoch wollte er es positiv hervorheben.

Insgesamt lehnt die SVP-Fraktion das Postulat aber entschieden ab. Sie sieht einen verhältnismässig kleinen Nutzen der gestellten Forderungen. Der Sprechende hält sich oft im Helvetiagärtli auf, vor allem mittags. Er sieht es als kein grosses Problem, wenn man die 2, 3 oder 4 m des Kauffmannwegs überqueren muss. Es gibt auch kein solch grosses Verkehrsaufkommen, dass das Durchkommen erschwert wäre. Er sieht keinen Mehrwert in der Sperrung für den MIV. Doch für jene Personen, die auf

ein Durchkommen mit MIV angewiesen sind, wäre die Sperrung der Strasse oder eines Strassenabschnitts ein unverhältnismässiger Eingriff. Es gibt Anwohner mit privaten Garagen und privaten Innenhöfen, die Umwege fahren müssten. Es geht aber vor allem auch um die Anlieferung von Migros und Coop. Diese soll nicht mit Umwegen belastet werden.

Der Nutzen ist dermassen gering, dass für die SVP-Fraktion nur eine Ablehnung infrage kommt, weshalb sie den entsprechenden Antrag stellt.

Ratspräsident Simon Roth: Es gibt vom Parlament keinen anderslautenden Antrag.

Anna-Sophia Spieler: Das Postulat verfolgt das Ziel, den Helvetiaplatz mit der aufgewerteten Waldstätterstrasse zu verbinden, indem der Kauffmannweg für den motorisierten Individualverkehr gesperrt werden soll.

Der Kauffmannweg ist eine wichtige Verkehrsverbindung im Hirschmattquartier. Er stellt die Zufahrt zu rund 40 privaten Parkplätzen sicher und dient zentral der Zulieferung von Detailhändlern wie Migros und Coop. Gerade das Gewerbe ist auf eine funktionierende Anlieferungslogistik mit Schwerverkehr angewiesen. Bereits im Rahmen der Gesamterneuerung der Hirschmattstrasse im Jahr 2016 wurden dafür gezielt Güterumschlagsflächen geschaffen – im Sinne einer quartierverträglichen Lösung. Eine Sperrung des Kauffmannwegs hätte erhebliche verkehrliche Konsequenzen. Damit die notwendige Erschliessung für das Gewerbe und Private aufrechterhalten werden kann, müssten umfassende Anpassungen am Strassenraum vorgenommen werden. Diese wären wohl nicht nur kostenintensiv, sondern auch nicht verhältnismässig – gerade in einem Gebiet, das erst vor wenigen Jahren umfangreich saniert wurde und noch einem Baumortorium unterliegt.

Und wie man dem bereits heute Morgen erwähnten, jüngst veröffentlichten Brief der Cityvereinigung entnehmen kann, sträuben sich die Quartierbevölkerung und das Gewerbe dagegen.

Die FDP-Fraktion unterstützt daher die Ablehnung des Postulats.

Claudio Soldati: Auch die SP/JUSO-Fraktion hörte selbstverständlich von diesem soeben von Anna-Sophia Spieler erwähnten Brief. Soviel der Sprechende weiss, kam dieser nur von Gewerbetreibenden und nicht von der Bevölkerung. Die Quartierbevölkerung in den Absender zu mischen, findet der Sprechende ein wenig schwierig.

Die SP/JUSO-Fraktion ist mit der teilweisen Entgegennahme des Postulats einverstanden. Ganz einfach fällt es ihr nicht, sich damit einverstanden zu erklären. Zwei Herzen schlagen in ihrer Brust. Sie anerkennt, dass es ein zehnjähriges Baumortorium im Hirschmattquartier gibt, dass ein Testbetrieb Winkelriedstrasse läuft und dass die Standards Autoparkierung entwickelt werden. Diese übergeordneten Projekte müssen sorgfältig bearbeitet werden können.

Gleichzeitig erkennt sie jedoch Strategien des Stadtrates, die man nur allzu gut kennt aus der Vergangenheit. Der Sprechende erinnert an das carfreie Inseli oder die Bahnhofstrasse. Jahrelang konnte der Wille der Bevölkerung nicht umgesetzt werden, weil es immer wieder Verzögerung gab, indem der Stadtrat Abhängigkeiten von anderen Projekten konstruierte. Diese Gefahr sieht die SP/JUSO-Fraktion auch beim Vorstoss zum Helvetiapark.

Die Politik muss möglichst rasch für die Bevölkerung sichtbare Verbesserungen veranlassen, um glaubwürdig zu bleiben. Wir kennen alle die Situation im Bereich Helvetiaplatz/Waldstätterstrasse sehr gut. Alle haben wir dort schon mehr oder weniger erfolgreich Unterschriften für Initiativen oder Referenden gesammelt. Die Markt- und Treffpunktatmosphäre ist einzigartig in der Stadt Luzern. Deshalb hätte sich dort eine städtebauliche Verbesserung mit einer schnellen Umsetzung sehr gut geeignet. Es hätte sich um ein «low hanging fruit»-Projekt gehandelt. Der Sprechende ist tief überzeugt, dass genau dasselbe passieren würde wie bei der Winkelriedstrasse: Anders ist es heute nicht mehr denkbar.

Sei es drum – die städtischen Mühlen mahlen etwas langsamer. Heute kann das Parlament mit der teilweisen Überweisung dem Stadtrat mitgeben, dass es ihm ein Anliegen ist, dass städtebauliche Verbesserungen für mehr Aufenthaltsqualität ein kontinuierlicher Prozess sein sollen.

Der Sprechende dankt für die Unterstützung der teilweisen Überweisung des Postulats.

Daniel Lütolf: Die GLP-Fraktion begrüsst, dass der Stadtrat das Postulat teilweise entgegennimmt und die Anliegen in laufende Projekte wie den «Test Winkelriedstrasse» und die Entwicklung des Klimaquartiers Hirschmatt-West integriert. Das ist eine pragmatische und zielführende Vorgehensweise. Es mag erstaunen, dass der Sprechende nicht für die vollständige Überweisung des Postulats plädiert – immerhin könnte die vorgeschlagene Massnahme eine Vergrösserung des Waldstätterparks bedeuten. Ein attraktiver Gedanke! Aber: Es ist einfach der falsche Moment. Die Timeline ist kein Freund all dieser Vorhaben. Die GLP-Fraktion will die Evaluierung der Winkelriedstrasse abwarten. Es scheint ihr, dass das Neustadtquartier jetzt schon attraktiviert ist. Bei der Waldstätterstrasse wurde kein Parkplatz weggenommen – es gab ja gar keinen dort. Ziemlich genau heute in einem Jahr dürfen wir den dortigen Park geniessen. Im Gegensatz zu einzelnen Pop-ups ist dieser enorm gut besucht und wird wirklich genutzt. Die Visualisierung verspricht, dass die Umsetzung sehr, sehr schön werden wird. Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat und unterstützt die teilweise Überweisung.

Christov Rolla: Die GRÜNE/JG-Fraktion ist mit der teilweisen Überweisung des Postulats einverstanden, auch wenn die teilweise Überweisung eines Prüfauftrags ungefähr das zweitmildeste Instrument ist, das dem Parlament zur Verfügung steht, und auch wenn eine teilweise Entgegennahme eines Prüfauftrags seitens des Stadtrates – je nach Antwort und Auslegung – auch verstanden werden könnte als: «Es ist gut, wir haben euch gehört. Es passt von der Idee her zu unserer Strategie, ist aber knifflig und nicht gerade das, wofür wir jetzt gerade am meisten brennen. Doch wir schauen mal, ob wir ein Zeitfenster finden, um darüber nachzudenken, was wir später vielleicht einmal tun könnten.» Dies will der Sprechende der Stellungnahme auf das Postulat nicht unterstellen – doch so richtig vor Begeisterung und Tatendrang sprühen tut diese nicht. Insofern ist der Antrag des Stadtrates auf eine teilweise Entgegennahme nur konsequent.

Der GRÜNE/JG-Fraktion ist klar, dass man hier mit diversen Ziel- und Nutzungskonflikten und mit einer komplexen Gemengelage zu tun hat – wie so oft in unserer Stadt, wo wenig Platz von vielen Menschen und vielen Gefährten beansprucht wird. Die Fraktion kann auch viele Überlegungen und Argumente, die der Stadtrat in seiner Stellungnahme anführt, durchaus nachvollziehen – daher ja auch ihr Einverständnis mit der teilweisen Überweisung.

Was der Sprechende nicht versteht, ist der Verweis auf die Evaluation des Tests an der Winkelriedstrasse. So löblich er die ersten zaghaften Massnahmen dort findet, so hat das Projekt doch strenggenommen weder räumlich noch inhaltlich mit der Forderung des vorliegenden Postulats zu tun. Ihm ist schon klar: Wenn die Forderung des vorliegenden Postulats umgesetzt würde, nämlich die Sperrung eines Teils des Kaufmannwegs für den MIV, würde dies auch die Waldstätterstrasse betreffen, aber nur insofern, als man die Verkehrsführung rund um den Block und zu den privaten Parkplätzen sowie die Anlieferung zu Coop und Migros anders denken müsste. Und wie die konkreten Massnahmen an der Winkelriedstrasse bei der Evaluation aufgenommen und beurteilt werden, hat zwar vielleicht einen Einfluss darauf, wie man den dereinst vielleicht MIV-freien Abschnitt des Kaufmannwegs gestalten könnte, aber nicht mit der Forderung des Postulats an sich.

Abschliessend: Die GRÜNE/JG-Fraktion findet ganz entschieden: Nach gut und gerne sieben oder acht Jahrzehnten unter dem Motto «Freie Fahrt für freie Bürger:innen!» ist es höchste Zeit, dass sich der öffentliche Raum und die Verkehrswege in Städten bzw. in jeder menschlichen Siedlungsform wieder am Menschen orientieren und nicht mehr am grotesk flächenineffizienten Automobil, das die meiste Zeit nur herumsteht.

Deshalb: Ja zu diesem Postulat.

Roger Sonderegger dankt seinem Vorredner für die Einordnung des Postulats, die ihm das Leben etwas einfacher macht, wenn er erklären muss, dass in der Mitte-Fraktion tatsächlich jemand auf die Idee kam zu sagen, es komme ja gar nicht so darauf an, was wir hier stimmen würden, weil es nur ein halber Prüfauftrag sei, und wie es herauskomme, sehe man dann. Es gibt in der Mitte das ewige Dilemma, dass man sich differenziert auch mit kleineren Vorlagen der Verkehrsplanung auseinandersetzt. Es wird heute tatsächlich so sein, dass in der Mitte-Fraktion nicht alle gleich stimmen.

Der Kontext wurde schon sehr gut aufgezeigt: Es laufen derzeit diverse Planungen: ein Pilotprojekt an der Waldstätterstrasse mit baulichen Massnahmen, ein Pilotprojekt an der Winkelriedstrasse, eine Planung des Standards Autoparkierung. Wenn man dies alles zusammenzählt, fragt man sich, wie es mit

dem zehnjährigen Moratorium vonstattengeht. Es ist schon ziemlich etwas los in diesem Gebiet, wo das Moratorium gilt. Dem Sprechenden seien diese Seitenhiebe verziehen. Die zehn Jahre sind bald vorbei und man kann wieder frei über die Zukunft des Strassenabschnitts philosophieren und diskutieren. In der Mitte-Fraktion führte vor allem die Tatsache zu kritischen Voten und Haltungen, dass die Anlieferung und die privaten Parkplätze jederzeit erreichbar sein müssen, dass das Gebiet vor etwa zehn Jahren völlig neu konzipiert wurde und dass infrage gestellt wird, nun am selben Strassenabschnitt wieder Verkehrsplanung zu machen.

Es kommt im Parlament regelmässig vor, dass wir über kurze Strassenabschnitte oder über kleine Plätze sprechen. Doch dieser Vorstoss hat schon fast Rekordcharakter. Es handelt sich um einen sehr kleinen Teil eines Strassenabschnitts. Man könnte es auch einfach der Umwelt- und Mobilitätsdirektion überlassen, die bekanntlich einen guten Job macht. So müsste sich das Parlament nicht mit Entsiegelung im einzelnen Quadratmeterbereich herumschlagen. Jene in der Mitte-Fraktion, die so denken, unterstützen eine teilweise Überweisung im Sinne einer Prüfung durch den Stadtrat, der das gut machen wird.

Die anderen argumentieren wie die SVP- und die FDP-Fraktion und lehnen das Postulat ab. Deren Argumentation wurde von Grossstadtrat Zibung und Grossstadträtin Spieler schon umfassend und genügend geliefert, sodass der Sprechende sich und dem Parlament die Wiederholungen erspart.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Marco Baumann: Grundsätzlich unterstützt der Stadtrat das Anliegen, dass man den Platz auf der Waldstätterstrasse, der bald entsiegelt und begrünt wird, mit dem Helvetia-gärtli verbindet und dadurch mehr Aufenthaltsqualität vor Ort schafft.

Wie der Postulant und die Postulantin in ihrem Prüfauftrag aber festgehalten haben, müssen dafür die Abstellplätze für Velos und Autos verschoben und die Zulieferung für das Gewerbe und die Erschliessung der rund 40 privaten Parkplätze neu geregelt werden. Es ist somit nicht einfach eine «low hanging fruit», indem man die Strasse sperren kann, sondern man muss zunächst die negativen Auswirkungen abschätzen und dafür Lösungen finden.

Wie in der Stellungnahme ausgeführt, ist der Stadtrat bereit, diese Prüfung ergebnisoffen vorzunehmen. Dies in Abstimmung mit dem Planungsbericht Parkplatzabbau, mit den Erkenntnissen aus dem Test an der Winkelriedstrasse und allenfalls mit den Ergebnissen aus der Volksabstimmung zur Initiative der Jungen Grünen.

Deshalb ist der Stadtrat froh, wenn er das Postulat teilweise entgegennehmen und die Prüfung ergebnisoffen vornehmen kann.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 33 teilweise.

- 11 Postulat 19, Elias Steiner namens der GRÜNE/JG-Fraktion, Karin Pfenninger namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Roland Z'Rotz und Daniel Lütolf namens der GLP-Fraktion vom 18. November 2024:
Kreislauffähige Beschaffung**

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme

Ratspräsident Simon Roth: Es gibt aus dem Parlament keinen anderslautenden Antrag. **Somit ist das Postulat 19 überwiesen.**

- 12 Motion 370, Jona Studhalter und Selina Frey namens der G/JG-Fraktion vom 23. Mai 2024:
Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg**

Antrag des Stadtrates: Ablehnung

Ratspräsident Simon Roth: Mit der Ablehnung des Stadtrates ist die Diskussion gegeben.

Selina Frey: Die GRÜNE/JG-Fraktion hält an der Motion fest.

Die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg (KJU) ist ein komplexes Konstrukt im Besitz der Stadt Luzern, finanziert vom Kanton. Es ist kompliziert, in und mit diesen Strukturen zu denken und entsprechend zu handeln. Man kann entweder davon ausgehen, dass alles kompliziert und schwer bis unmöglich zu finanzieren ist, und deswegen besser gar nichts tun. Oder wie es in Beamten Sprache heisst: «Eine gezielte Steuerung auf kantonaler Ebene ist sowohl aus fachlicher als auch aus wirtschaftlicher Sicht unerlässlich.»

Dass der Stadtrat die Stellungnahme so verfasste, ohne genau hinzuschauen, dass überall Probleme bestehen, die man mit städtischem Geld lösen könnte, ist für die Fraktion enttäuschend. Klar ist der Kanton grundsätzlich für die Angebotsplanung zuständig, die Stadt als Trägerin hat jedoch aus Sicht der GRÜNE/JG-Fraktion trotzdem eine politische Führungsverantwortung, und deswegen wäre sinnvoll, auch eigene Zeitpläne zu verfolgen.

Die KJU kommt aufgrund der fehlenden Tagesstruktur der Jugendlichen an ihre Grenzen. Es wäre wichtig, dass die Stadt hier ein Projekt auf den Weg stellen würde im Sinne einer arbeitsagogischen internen Tagesstruktur – leider liest man dazu in der Stellungnahme zur Motion kein einziges Wort. Die Argumente gegen eine interne Psychotherapie sind für die GRÜNE/JG-Fraktion nicht nachvollziehbar. Der Stadtrat erkennt in der Stellungnahme zwar das zentrale Problemfeld, nämlich dass die Wartefristen beim Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD) des Kantons Luzern zirka acht Monate betragen. Er begründet seine Ablehnung der Motion damit, dass der KJPD in der Hoheit des Kantons liegt. Er macht es sich damit aus Sicht der GRÜNE/JG-Fraktion zu einfach. Klar, in einer perfekten Welt könnten sich Kinder und Jugendliche den zu ihnen passendsten Psychotherapeuten oder die passendste Therapeutin aussuchen, doch das wird auch nach acht Monaten Wartefrist beim KJPD nicht passieren, wenn sie einfach jemandem zugeteilt werden. Aus Sicht der GRÜNE/JG-Fraktion wäre es für die Jugendlichen gut, wenn sie rasch und unkompliziert vor Ort in eine Therapie gehen könnten. Es wäre auch für die Betreuungspersonen eine Entlastung, wenn sie sich mit Fragen zu psychischen Störungsbildern an eine Fachperson vor Ort wenden könnten.

In der Stellungnahme des Stadtrates liest man auch, dass es eine Möglichkeit wäre, zwei bis drei zusätzliche Plätze zu schaffen, um die Versorgungssicherheit für Kinder und Jugendliche in der Stadt Luzern zu verbessern. Es ist bekannt, dass eine psychische Mehrfachbelastung zu immer mehr und auch immer akuterem Kinderschutzfällen führt, für welche die KESB oder Fachpersonen rasch einen Platz finden müssen, was aktuell enorm schwierig und daher auch sehr zeitaufwendig ist. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht streben die Einrichtungen eine Auslastung von 100 Prozent an, sodass nur in seltenen Fällen ein Notfallplatz zur Verfügung steht. Doch genau diese Notfallplätze werden dringend gesucht, würden die Arbeit der KESB und anderer Fachpersonen massiv vereinfachen, und die Finanzierung wäre über die Stadt möglich. Aus Sicht der GRÜNE/JG-Fraktion hat der Stadtrat hier einen Handlungsspielraum, der genutzt werden sollte.

Die GRÜNE/JG-Fraktion hält an der Motion fest und wird je nach Ausgang der Diskussion ein weiteres Postulat einreichen, um entsprechende Notfallplätze sicherzustellen. Sie ist überzeugt, dass das Parlament dem Thema psychische Gesundheit in Zukunft besondere Aufmerksamkeit schenken muss.

Branka Kaiser: Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Motionär und bei der Motionärin für die Thematisierung eines zweifellos wichtigen Anliegens. Der Dank der Fraktion gilt auch dem Stadtrat für die ausführliche Stellungnahme. Das Thema liegt der Sprechenden persönlich sehr am Herzen und berührt sie tief.

Wenn junge Menschen mit psychischen Mehrfachbelastungen konfrontiert sind, geht es um weit mehr als Fachfragen. Es geht um ihr Wohlergehen und ihre Zukunft. Die KJU ist ein zentraler Pfeiler in diesem System.

Wie die Stellungnahme des Stadtrates zeigt, hat sich die Institution inhaltlich und organisatorisch stark weiterentwickelt, mit Angeboten wie Notfallaufnahmen, teilbetreutem Wohnen, Familienarbeit, Careleave-Begleitung und bald auch einer spezialisierten Wohngruppe für Jugendliche mit psychischen Herausforderungen. Dies geschieht in Absprache mit dem Kanton.

Die FDP-Fraktion teilt die Einschätzung des Stadtrates, dass ein separater Planungsbericht durch die Stadt nicht zielführend ist. Die Angebotsplanung liegt zurecht beim Kanton und erfolgt im Rahmen der interkantonalen Vereinbarungen für soziale Einrichtungen. Auch aus finanzieller Sicht ist ein separater Bericht für Fr. 50'000.– nicht verhältnismässig, zumal tragfähige Strukturen bestehen und laufend weiterentwickelt werden.

Die FDP-Fraktion begrüsst die fachliche und organisatorische Weiterentwicklung der KJU. Sie setzt sich dafür ein, dass die laufenden Projekte, insbesondere die bauliche Sanierung und die Personalaufstockung, zügig umgesetzt werden. Das bringt den betroffenen Kindern und Jugendlichen deutlich mehr als ein zusätzliches Planungsdokument.

Die FDP-Fraktion anerkennt die Anliegen der Motion, hält ihre konkreten Forderungen jedoch für nicht zweckmässig.

Deshalb beantragt sie, die Motion abzulehnen.

Anna-Lena Beck: Die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg (KJU) ist wahrlich ein komplexes Gebilde und in vielerlei Hinsicht mit Herausforderungen konfrontiert. Die Motion spricht von einem Handlungsbedarf, der tatsächlich so gegeben ist und der dem Kanton Luzern sowie auch der Stadt und der Sozial- und Sicherheitsdirektion bekannt ist und zurzeit bereits in Angriff genommen wird. Wie die Stellungnahme des Stadtrates ausführlich darlegt, wird die KJU bereits heute aktiv in die kantonalen Planungsprozesse eingebunden und befindet sich in einem laufenden Entwicklungsprozess, sei es organisatorisch, pädagogisch oder baulich. In der nächsten Sitzung des Grossen Stadtrates vom 26. Juni 2025 wird beispielsweise ein Bericht und Antrag zu den personellen Ressourcen der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg besprochen. Es passiert nicht nichts.

Die Forderungen nach einem separaten Planungsbericht überzeugen nicht. Ein zusätzlicher Planungsbericht der Stadt zur Weiterentwicklung der KJU wäre mit unverhältnismässigem Aufwand und zusätzlichen Kosten verbunden, ohne dass daraus ein echter Mehrwert resultieren würde. Die Ressourcen der Stadt sollten stattdessen gezielt in die Umsetzung bereits geplanter und koordinierter Massnahmen fliessen – insbesondere im Bereich der dringend nötigen Sanierung, in die Verstärkung der personellen Ressourcen und in die Sicherstellung einer verlässlichen Betreuung.

Die GLP-Fraktion fordert eine qualitativ hochwertige, bedürfnisgerechte Kinder- und Jugendhilfe. Dazu gehört, dass Verantwortlichkeiten dort belassen werden, wo sie hingehören – und dass Doppelspurigkeiten vermieden werden.

Aus diesen Gründen lehnt die GLP-Fraktion die Motion ab.

Maël Leuenberger: Auch die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich für die Motion, die sie kritisch diskutiert hat. Sie sieht die Schwierigkeit der Forderung nach einem Planungsbericht. Der Sprechende nimmt aber vorweg: Die SP/JUSO-Fraktion wird das Festhalten an der Motion unterstützen.

Die Fraktion bedankt sich besonders beim Stadtrat und bei der Verwaltung für die detaillierte Stellungnahme. Die differenzierte und ausführliche Stellungnahme des Stadtrates zeigt die Komplexität der Thematik. Viele der fachlichen, organisatorischen und konzeptionellen Fragen lassen sich im Grossen Stadtrat im aktuellen Rahmen nicht im nötigen Detail diskutieren. Dies ist auch der Grund, weshalb es nach Ansicht der SP/JUSO-Fraktion den Planungsbericht braucht.

Der Fraktion ist bewusst, dass die Stadt nur begrenzten Handlungsspielraum hat. Der Sprechende schliesst sich in der Argumentation aber dem Votum von Selina Frey an. Die Stadt Luzern hat als Trägerin der KJU eine Führungsverantwortung, und entsprechend hat sie auch Handlungsspielraum. Natürlich ist sie aber dem Auftrag des Kantons verpflichtet, und der Handlungsspielraum ist begrenzt. Umso wichtiger ist es, mit dem Planungsbericht Transparenz zu schaffen, allenfalls eigene Zielsetzungen zu formulieren und Varianten aufzuzeigen. Nur so erhält der Grosse Stadtrat fundierte Grundlagen für die strategische Weiterentwicklung.

Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt das Festhalten an der Motion.

Timo Lichtsteiner: Die in der Motion aufgezeigten Herausforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe sind unbestritten, real und dringend. Jedoch werden diese bereits auf verschiedenen Ebenen, kommunal und kantonal, umfassend angegangen und bearbeitet.

Die KJU befindet sich in einem kontinuierlichen Prozess von fachlicher, organisatorischer und baulicher Weiterentwicklung. Dabei besteht eine enge und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Kanton als zuständige Instanz für die Angebotsplanung und Finanzierungsregelung. Ein gesonderter Planungsbericht, wie in der Motion gefordert, ist aus Sicht der SVP-Fraktion weder notwendig noch sachgerecht. Er würde nur zusätzliche und unnötige Kosten verursachen und die Zuständigkeiten des Kantons, wie die Angebotsplanung, nicht respektieren.

Die vorhandenen Planungen und Projekte, inklusive der bevorstehenden Gesamtsanierung, und die Erweiterung des Angebots zeigen, dass die KJU zukunftsfähig aufgestellt ist. Die SVP-Fraktion ist davon überzeugt, dass die Weiterentwicklung der KJU am besten im Rahmen der bestehenden kantonalen Steuerung erfolgt. Deshalb unterstützt sie den Antrag des Stadtrates und lehnt die Motion ab.

Senad Sakic verstand alle Voten, bis auf jenes von Anna-Lena Beck. Falls es deshalb Wiederholungen gibt, tut es ihm leid.

Die KJU leistet unverzichtbare Arbeit. Der Sprechende bedankt sich dafür. Es gibt in der Gesellschaft zunehmend psychische Belastungen sowie familiäre Instabilitäten, was real und anerkannt ist. Die Mitte-Fraktion ist überzeugt, dass der B+A 16/2025 zu den personellen Ressourcen in der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg, den das Parlament demnächst behandeln wird, die wesentlichen Punkte aufnimmt. Die Mitte-Fraktion ist wie die FDP-Fraktion der Ansicht, dass es keinen Planungsbericht braucht und die Angebotsplanung beim Kanton liegt.

Die Mitte-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Stellungnahme. Aus ihrer Sicht ist der eingeschlagene Weg fachlich richtig, organisatorisch sinnvoll und finanziell verantwortbar.

Deshalb folgt sie dem Stadtrat und lehnt die Motion 370 ab.

Sozial- und Sicherheitsdirektorin Melanie Setz: Die KJU ist eine sehr wichtige Institution für Kinder und Jugendliche, und zwar aus dem ganzen Kanton Luzern. Dem Stadtrat ist bewusst, dass insbesondere dem Bereich der psychischen Belastung von Kindern und Jugendlichen grösste Aufmerksamkeit geschenkt werden muss und es dringend ausreichend Plätze braucht. Dies ist nicht nur dem Stadtrat, sondern auch dem Kanton bewusst.

Aus diesem Grund ist die Leitung der KJU und die Dienstabteilung Kinder Jugend Familie im ständigen Austausch mit den Verantwortlichen der kantonal zuständigen Stellen. Denn die KJU wird auf Grundlage des SEG-Gesetzes über soziale Einrichtungen finanziert. Der Stadtrat sieht aber einen Planungsbericht nicht deshalb nicht, weil es kompliziert ist oder die Herausforderungen nicht gesehen würden, sondern weil er in der Versorgung gemeindeübergreifend vorgehen will und ein Planungsbericht noch keine Angebote sicherstellt und finanziert.

Ausserdem existieren bereits mindestens zwei Planungsberichte: derjenige über die sozialen Einrichtungen im Kanton Luzern und jener über die psychiatrische Versorgung. Diese Berichte wurden beispielsweise im Kantonsrat ausführlich diskutiert. Der KJU und auch dem Stadtrat ist bewusst, dass es Angebote gibt, die noch ausgebaut werden sollten. Die Problematik liegt aber nicht am fehlenden Effort der Verantwortlichen, sondern an fehlenden Fachkräften. Dies hat der Stadtrat aufgenommen und dem Kanton adressiert.

Ausserdem ist es ihm ein Anliegen, die Arbeitsbedingungen an der KJU auf gutem Niveau zu halten. Er fordert deshalb mit B+A 16/2025 zusätzliche personelle Ressourcen ein. Weitere Entwicklungen sind in Zusammenarbeit mit dem Kanton bereits angedacht. Ob und wie zusätzliche Vorhalteplätze möglich wären, müsste allerdings geprüft werden.

Ab August 2025 wird neu eine Co-Leitung bei der KJU tätig sein, und auch mit dem neuen Team werden Weiterentwicklungen der KJU und mögliche neue und auch nötige Angebote in Angriff genommen werden, damit allen Kindern und Jugendlichen in der KJU und deren Familien, die eben nicht nur alle aus der Stadt Luzern kommen, eine bedarfsgerechte und einfühlsame Betreuung für eine selbstbestimmte Entwicklung ermöglicht wird.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Motion 370 ab.

**13 Postulat 32, Selina Frey und Marco Müller namens der GRÜNE/JG-Fraktion, Patricia Almela und Zoé Stehlin namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Anna-Lena Beck namens der GLP-Fraktion vom 20. Dezember 2024:
Vereins-/Freizeitengagements von Erwachsenen aktiv fördern**

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung

Ratspräsident Simon Roth: Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen anders lautenden Antrag.

Das Postulat 32 ist somit überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

**14 Interpellation 45, Samuel Zwimpfer namens der SVP-Fraktion vom 16. Februar 2025:
Ausufernde Beschaffungskriminalität**

Samuel Zwimpfer wünscht eine Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Samuel Zwimpfer: Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für seine ausführliche Antwort auf die Interpellation.

Motiv und Örtlichkeit der Straftaten werden von der Polizei nicht erfasst – dieser Umstand muss seitens Kanton behoben werden, damit eine effektive Prävention von Straftaten erfolgen kann. Insgesamt stellt die SVP-Fraktion fest, dass der Stadtrat sich hinter dem Kanton und übergeordnetem Recht versteckt. Sie hätte sich erhofft, dass der Stadtrat seinen Spielraum besser nutzt und damit seinen Willen zeigt, gegen Beschaffungskriminalität vorzugehen.

Es gibt einerseits die rechtlichen Rahmenbedingungen, andererseits gibt es aber auch Push- und Pull-Faktoren, auf die der Stadtrat sehr wohl einen Einfluss hat. Der Stadtrat hat die Möglichkeit, beispielsweise über die Gestaltung des öffentlichen Raums und die Förderung von sozialen Institutionen Einfluss auf den Zuzug des entsprechenden Klientels zu nehmen. Das war einer der Kritikpunkte der SVP-Fraktion bei der Schaffung des neuen Parks beim Nölliturm. Die Fraktion ist der Meinung, dass die Stadt Luzern ein verstärktes Augenmerk darauf halten sollte und vor allem die Gruppe der Delinquenten sauber identifizieren sollte, natürlich in Zusammenarbeit mit dem Kanton. Denn Gespräche mit der Polizei bestätigen den subjektiven Eindruck, dass es eine massive Zunahme an Delikten in der Stadt Luzern gab in den letzten Jahren. Das Thema gehört also absolut auf das politische Tapet.

Branka Kaiser dankt dem Interpellanten im Namen der FDP-Fraktion für die Einreichung der Interpellation. Die Sprechende bedankt sich auch beim Stadtrat für die Antwort.

Die Frage nach der sogenannten Beschaffungskriminalität beschäftigt zu Recht viele Menschen in unserer Stadt. Als Zentrum der Zentralschweiz ist Luzern für viele Bevölkerungsgruppen attraktiv, für Studierende, Familien, Arbeitnehmende, aber ebenso für Menschen in schwierigen Lebenslagen. Diese Zentrumsfunktion bringt nicht nur Chancen, sondern auch Herausforderungen mit sich.

Die FDP-Fraktion anerkennt, dass es sich um ein vielschichtiges und dauerhaftes Thema handelt, das keine einfachen oder kurzfristigen Lösungen kennt. Der Zugang zu Geld und Drogen spielt dabei eine zentrale Rolle. Klar ist aber auch: Die Hauptverantwortung für das Vorgehen gegen diese Form von Kriminalität liegt bei der Luzerner Polizei. Das hat der Stadtrat in seiner Antwort korrekt festgehalten. Die Stadt Luzern leistet mit präventiven Angeboten und dem Einsatz des SIP-Teams eine unterstützende Rolle. Der Stadtrat hat ebenfalls deutlich gemacht, dass die Stadt Luzern nicht gezielte Angebote schafft, um Randständige anzuziehen. Vielmehr sieht er im Zugang zu Geld und Drogen den zentralen Grund für die Konzentration gewisser Gruppen in Luzern. Für obdachlose Personen und Sans-Papiers bestehen punktuelle Unterstützungsangebote, und zwar im Rahmen der verfassungsmässig garantierten Grundrechte. Ein Ausschluss krimineller Personen von diesen Angeboten ist rechtlich nicht umsetzbar

und vom Stadtrat auch nicht beabsichtigt. Das zeigt, dass in diesem Spannungsfeld komplexe Abwägungen notwendig sind.

Die FDP-Fraktion setzt sich dafür ein, dass Staat, Kanton und Polizei weiterhin eng zusammenarbeiten und gemeinsam tragfähige Ansätze entwickeln. Dabei braucht es Augenmass, Sachlichkeit und die Bereitschaft, die Realität differenziert zu betrachten.

Die Fraktion ist überzeugt: Das Thema Beschaffungskriminalität wird uns als Staat, als Politik und als Gesellschaft noch lange und immer wieder beschäftigen. Umso wichtiger ist ein pragmatischer, lösungsorientierter und gemeinsamer Umgang damit.

Senad Sakic bedankt sich herzlich bei Samuel Zwimpfer für die Interpellation, die ihn natürlich sehr freute. Denn die Interpellation der SVP-Fraktion greift ein Thema auf, das aus Sicht der Mitte-Fraktion wichtig ist. Es geht um die Sicherheit in der Stadt Luzern. Dass Kriminalität insbesondere mit Einbrüchen, Diebstählen und Delikten im Bereich der Beschaffungskriminalität auch in Luzern ein Thema ist, ist unbestritten. Allerdings will der Sprechende klar festhalten, dass er die Art und Weise, wie in der Interpellation pauschal zwei Gruppen – Randständige sowie abgewiesene Asylsuchende aus Maghrebstaaten – als Hauptverursacher solcher Delikte dargestellt werden, für problematisch und sachlich nicht gerechtfertigt hält.

Es wurden nämlich bewusst Deliktskategorien herausgegriffen, bei denen bekannt ist, dass ein Teil der Täterschaft aus diesen bestimmten Herkunftsregionen stammt, um damit eine generalisierte Aussage über Asylbewerber zu machen. Das trägt zur Stigmatisierung von ganzen Gruppen bei, anstatt die tatsächliche Problemlage differenziert zu beleuchten. Ein Blick in die Kriminalstatistik des Kantons Luzern zeigt denn auch, dass der Anteil von Asylsuchenden unter den Beschuldigten im Bereich des Strafgesetzbuches nicht das Hauptproblem in Bezug auf die Kriminalitätslage in der Stadt Luzern ist.

Mit anderen Worten: Es sind nicht in erster Linie die Asylsuchenden, die hinter diesen genannten Delikten stehen. Und: Viele Randständige, die sich wegen ihrer Abhängigkeit strafbar machen, sind selbst Opfer. Sie werden von kriminellen Strukturen ausgenutzt, nicht selten auch instrumentalisiert.

Ein zweiter Punkt betrifft die Ressourcensituation bei der Luzerner Polizei. Die Polizei ist seit Jahren personell unterbesetzt, und die Belastung ist hoch. Das hat direkte Auswirkungen auf die Bearbeitung von Fällen. Es müssen Prioritäten gesetzt werden. Das heisst, dass gewisse Fälle, gerade im Bereich der Klein- oder Beschaffungskriminalität, nicht sofort oder gar nicht mehr bearbeitet werden. Ermittlungen verzögern sich dann nicht nur um Wochen, sondern zum Teil um Monate oder werden sogar eingestellt. Das hat aber nichts mit dem fehlenden Willen der Polizei zu tun, sondern mit den strukturellen Grenzen, die politisch mitzuverantworten sind.

Wenn wir also über Kriminalitätsbekämpfung sprechen, müssen wir ehrlich sein: Ohne zusätzliche Ressourcen für die Polizei, die bereits gefordert wurden, wird sich nichts ändern. Im Gegenteil: Die Situation wird sich weiter zuspitzen, was man merkt, wenn man abends durch die Stadt Luzern läuft. Will man die Kriminalität nachhaltig bekämpfen, braucht es auch soziale und strukturelle Massnahmen, gerade im Bereich der Sucht und der Randständigkeit.

Wenn das Parlament glaubwürdig bleiben will, muss es sich gegen pauschalisierende und stigmatisierende Aussagen stellen, denn sie lösen kein Problem, sondern verschärfen die gesellschaftlichen Gräben. Die SVP-Fraktion griff mit ihrer Interpellation ein reales Thema auf, wählte aber mit der Wahl der Formulierung oder der bewussten Fokussierung auf bestimmte Gruppen eine Schlagrichtung, welche die Mitte-Fraktion in dieser Pauschalität nicht mittragen kann.

Der Sprechende dankt dem Stadtrat für die differenzierte Antwort.

Christov Rolla möchte die Interpellation lieber nicht mit allzu vielen Worten würdigen. Doch zwei, drei Dinge muss er dennoch dazu sagen. Er ist sich unsicher, welchen Hut er tragen soll: den als Demokrat, als soziales Wesen, als Mitglied einer Landeskirche, als Grüner oder als stimmberechtigter und steuerzahlender Einwohner der Stadt. Er will deshalb alle zusammen tragen.

Der Stadtrat zeigt in seiner Antwort klar auf, dass für die meisten Fragen dieser Interpellation weder er noch das Parlament die richtigen Ansprechpartner sind. Der Interpellant müsste eher beim Kanton oder beim Bund vorstellig werden.

Auch sonst werden in dieser Interpellation Sachen und Menschen vermischt, die nicht zusammengehören oder zumindest nicht so zusammengehören, wie es der Vorstoss unterstellt. Nur schon die Tatsache,

dass nicht alle Wohnungslosen eine Suchterkrankung haben oder nicht alle Menschen mit einer Suchterkrankung Eigentumsdelikte begehen, scheint der SVP-Fraktion egal zu sein. Sie verwendet deshalb den Begriff «Randständige» und meint irgendwie alle mit. «Man weiss ja schon, welche Leute man sich darunter vorstellen muss», hat sich der Verfasser vielleicht gedacht. Dass man mit einer solchen Wortwahl, mit einem solchen Framing eine sehr grosse und vielfältige Gruppe unter einen pauschalen und vorverurteilenden Generalverdacht stellt, wird entweder achselzuckend in Kauf genommen oder sogar absichtlich so gemacht – ein bisschen populistisches «Remmidemmi» bietet sich in jedem Fall leichter an als eine differenzierte Betrachtung.

Dasselbe wird mit Menschen getan, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Es werden alle über einen Kamm geschert. Und dann erwähnt man noch schnell, ohne jegliche Grundlagen, Sans-Papiers mit. Dem Sprechenden scheint, dass die SVP-Fraktion offenbar auch dort Ressentiments schüren will. Der Sprechende dankt Vorredner Senad Sakic für seine Einschätzung aus polizeilicher Sicht.

Im weiteren Verlauf der Interpellation wird nur noch von «den beiden oben genannten Gruppen» gesprochen, als wären sie eine ausgemachte Sache und eine faktische Realität. Der Sprechende ist froh, dass der Stadtrat in seiner Antwort dieses Framing und die Zuschreibung nicht mitträgt und dass er – wo immer möglich bei diesen Fragen – präzise bleibt. Der Sprechende bedankt sich dafür herzlich beim Stadtrat.

Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff «Beschaffungskriminalität», der natürlich keine Wortschöpfung der SVP-Fraktion ist. Der Sprechende will das Wort in den Zusammenhang mit den Fragen und der mutmasslichen Intention dahinter stellen. Wenn die Beschaffungskriminalität tatsächlich ein besonderes und ein gesondertes Problem wäre – obwohl der Sprechende wie auch die Kriminalstatistik diesen Unterschied, vermutlich aus guten Gründen, nicht machen –, würde man dann nicht besser, effektiver und schlüssiger versuchen, die Not der Menschen zu lindern, die zu solchen Delikten führt, anstatt quasi hinterher zu schlagen und sie von den wenigen Hilfs- und Beratungsangeboten auszuschliessen, die es für sie bzw. diese Art der Not und des Schicksals gibt.

Es muss nicht gleich die Rede sein von einer grossen Generallegalisierung oder einer grossflächig kontrollierten Abgabe. Aber es würde wohl schon etwas bringen, wenn die Polizei Suchtmittel zum offensichtlichen Eigengebrauch nicht konfiszieren würde bzw. müsste. Die Sucht geht dadurch nicht weg, der Mensch geht dadurch nicht weg. Die Not und der Leidensdruck, sich nach dem «Gefilztwerden» so schnell wie möglich Ersatz beschaffen zu müssen, für den Ersatz aber erst einmal Geld oder etwas von Geldwert beschaffen zu müssen, gehen dadurch erst recht nicht weg – im Gegenteil. Es ist eine «Pflästerlipolitik», die fortlaufend Pflästerli auf schmerzhaft Art abreisst.

Wenn der Kampf gegen und die Eindämmung der sogenannten Beschaffungskriminalität der SVP-Fraktion tatsächlich ein so grosses Anliegen wäre, wenn es ihr also um das Problem und die Situation an sich ginge und nicht einzig darum, Menschen, die ihr offenbar nicht genehm sind, im Sinne von «aus den Augen, aus dem Sinn» vor die Stadttore zu verfrachten, müsste sie sich konsequenterweise auch der Prostitution bzw. viel mehr den menschenunwürdigen Umständen dahinter, und der Zuhälterei sowie dem Dealen bzw. den grossen Playern im Hintergrund widmen.

Es stünde den Bürgerlichen und den Rechten frei, via Kantonsrat die grossen Sparmassnahmen von 2017 langsam wieder gutzumachen und z. B. mehr Ressourcen für die Polizei zu sprechen. Das würde die Arbeitsbelastung senken und die Aufklärungsquote erhöhen.

Der Sprechende will betonen: Er verteidigt Eigentumsdelikte nicht im Geringsten, er will sie auch nicht klein- oder schönreden. Straftatbestand ist Straftatbestand. Doch es gäbe sehr viel sinnvollere und menschlichere Wege, diesem Thema zu begegnen, als solche, wie sie die vorliegende Interpellation insinuiert. Menschen von Hilfs- und Beratungsangeboten auszuschliessen, ist unmenschlich, kurzfristig und falsch.

Marta Lehmann schliesst sich den Worten der Vorredner Senad Sakic und Christov Rolla an, kann es aber nicht lassen, ihre Aussage mit ganz deutlichen Worten zu formulieren. Die Forderung des Interpellanten Samuel Zwimpfer, bestimmte Personengruppen von sozialen Angeboten auszuschliessen, widerspricht direkt den Prinzipien der Bundesverfassung und verletzt grundlegende Menschenrechte. Solche Einschränkungen sind nicht nur rechtlich unhaltbar, sondern gefährden auch das Fundament einer solidarischen Gesellschaft.

Statt soziale Ausgrenzung zu fördern, braucht es umfassende und koordinierte Massnahmen. Die Hauptverantwortung für die Bekämpfung der Beschaffungskriminalität liegt bei der Polizei und ihren Ressourcen – aber sicher nicht beim Stadtrat. Deshalb ist die enge Zusammenarbeit mit der Luzerner Polizei und der SIP von zentraler Bedeutung, da sie eine wesentliche präventive Rolle spielen. Nein, soziale Angebote wie Gassenküchen und Notschlafstellen erzeugen keine Sogwirkung – sie dienen der Unterstützung, nicht der Ausgrenzung. Wohin sollen die Menschen sonst abends gehen? Menschen mit Suchterkrankungen und Sans-Papiers sind Menschen in prekären Lebenslagen. Auch sie sind Teil unserer Gesellschaft. Das muss einmal mehr betont werden.

Das Problem liegt nicht in der Existenz von Hilfsangeboten, sondern vielmehr im Zugang zu Drogen und Geld für gassennahe Menschen – das sind die wahren Treiber dafür, dass sich Menschen aus anderen Kantonen und umliegenden Gemeinden in der Stadt Luzern aufhalten.

Eine zentrale Massnahme zur Reduzierung krimineller Handlungen ist die gezielte Bekämpfung der Wohnraumknappheit. Ein stabiler Wohnraum verringert das Risiko krimineller Aktivitäten und erleichtert die soziale Integration. Besonders für Menschen mit Suchterkrankungen stellt der Zugang zum Wohnungsmarkt eine enorme Herausforderung dar.

Die Bekämpfung der Kriminalität muss durch Prävention, soziale Unterstützung und stabile Lebensbedingungen erfolgen – nicht durch Ausgrenzung oder das Infragestellen etablierter und notwendiger sozialer Strukturen. Genau deshalb soll sich die Stadt Luzern weiterhin für nachhaltige und soziale Lösungen zur Bekämpfung der Kriminalität – sei es Beschaffungskriminalität oder andere Kriminalitätsformen – einsetzen. Die Sprechende ist froh, wenn dies deutlich gehört wird.

Sozial- und Sicherheitsdirektorin Melanie Setz bedankt sich für die sehr engagierten Voten. Sie hat dem nicht mehr viel hinzuzufügen. Die Parlamentsmitglieder haben die Antwort des Stadtrates gelesen. Dessen Aufgabe besteht unter anderem darin, Ausgrenzungen zu minimieren, vulnerable Personengruppen und alle Personen in der Stadt Luzern zu schützen und ihr objektives und das subjektive Sicherheitsgefühl zu erhöhen.

Die Luzerner Polizei hat diesbezüglich ihre Massnahmen. Der Stadtrat ist sehr froh, konnten die Stellen bei der Luzerner Polizei erhöht werden. Er ist auch dankbar dafür, dass er im Zusammenhang mit der Crackproblematik die Stellen bei der SIP erhöhen konnte, damit Ansprechpersonen im öffentlichen Raum unterwegs sind, und zwar nicht nur für die genannten Personengruppen der Interpellation, sondern auch für Kinder, Jugendliche und alle Menschen, die sich in der Stadt Luzern aufhalten.

**15 Postulat 23, Daniel Lütolf und Roland Z'Rotz namens der GLP-Fraktion vom 28. November 2024:
Bessere Services dank künstlicher Intelligenz**

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme

Ratspräsident Simon Roth: Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen anders lautenden Antrag.

Das Postulat 23 ist somit überwiesen.

- 16 Postulat 24, Karin Pfenninger, Zoé Stehlin, Patricia Lang und Benjamin Gross namens der SP/JUSO-Fraktion, Monika Weder, Christov Rolla und Adrian Häfliger namens der GRÜNE/JG-Fraktion, Anna-Lena Beck namens der GLP-Fraktion, Diel Schmid Meyer namens der Mitte-Fraktion, Yolanda Ammann, Mark Buchecker, Peter Krummenacher und Anna-Sophia Spieler namens der FDP-Fraktion sowie Timo Lichtsteiner und Jürg Häcki namens der SVP-Fraktion vom 3. Dezember 2024:
Frauen- und Mädchenfussball in Luzern nachhaltig fördern: Infrastruktur anpassen, Chancengleichheit herstellen**

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme

Ratspräsident Simon Roth: Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen anders lautenden Antrag.

Das Postulat 24 ist somit überwiesen.

Ratspräsident Simon Roth schliesst die heutige Sitzung. Im Anschluss an die Sitzung findet in der Kornschütte im Rathaus eine Vernissage des Tschutti-Heftlis – der nicht kommerziellen Variante des Paninihefts mit künstlerischem Anspruch – statt. Die Ausstellung steht unter dem Patronat des Grossen Stadtrates.

Der Grosse Stadtrat trifft sich das nächste Mal am 26. Juni 2025 zu einer ganztägigen Sitzung.

Schluss der Sitzung: 16.10 Uhr

Luzern, 18. August 2025

Die Protokollführerin:



Andrea Müller

Eingesehen von:



Michèle Bucher, Stadtschreiberin